

BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2016



-
- * 4 Bildung - Ressourcen pflegen *
 - * 16 Stadtraum - Freiraum soll passieren *
 - * 18 Velo - Geduldet *
 - * 20 Permakultur - Hände in die Erde stecken *
 - * 22 Rohstoffhandel - USA: Der Fluch der bösen Tat *
-

2

3 Editorial

Hellgrün und graugrün

4 Bildung

Ressourcen pflegen

7 Referendum

Annahme verweigert

8 Gemeindeexekutive

Grosse Aufgaben

10 Kantonsrat

Umgang mit religiösen Symbolen

11 Kantonsrat

Wanderwegnetz gerettet

12 Regierungsrat

Zug hat einen Sozialbericht

13 Gewerkschaftsbund

Über den Dächern Zugs

14 Mobility Pricing

Falsch gerechnet

16 Stadtraum

Freiraum soll passieren

18 Velo

Geduldet

20 Permakultur

Hände in die Erde stecken

22 Rohstoffhandel

USA: Der Fluch der bösen Tat

24 Grünspecht

CVP auf Talfahrt

25 Frontal

26 Service

Präsidium

Kino

Veranstaltung

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – Grünes Forum Hünenberg

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein

«Das BULLETIN»

Hellgrün und graugrün

Barbara Beck-Iselin

«Wir können nichts tun!» «Es ist eh zu spät!» «Jetzt sollen mal die Jungen!» Hast du auch schon solche oder ähnliche Antworten bekommen, wenn du dich engagierst? Das ist mir schon oft passiert. Wenn ich zum Beispiel herumfrage, ob er oder sie auch mal mitkommt zum Unterschriften sammeln, für eine politische Aktion oder um einen LeserInnenbrief zu schreiben etc. Dann höre ich immer mal wieder die eingangs erwähnten Antworten. Ich kann das einfach nicht verstehen. Für mich ist klar, dass ich mich engagiere. Getreu dem Motto «Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut» kann ich gar nicht anders. Natürlich rege ich mich auf, wenn die Abstimmung nicht so ausgeht, wie ich doch zutiefst gehofft habe, und mein Engagement sich nicht sofort ausbezahlt hat. Aber ich habe doch wenigstens etwas gemacht: Mails verschickt, auf Facebook gepostet, mich informiert und Wissen weitergegeben. Oder ich war an Podien, stand auf der Strasse, habe mit Leuten diskutiert und habe auch den Gegenwind seitens der Bevölkerung gespürt. Und immer wieder kommt es vor, dass ich höre: «Danke, dass ihr euch engagiert, dass ihr euch einsetzt.» Das ist Balsam und tut gut, aktiviert mich wieder. Wie wäre es schön, wenn das alle hören könnten. Wenn dann der Abstimmungssonntag entmutigend ist, bin ich doch zufrieden, weil ich meinen Teil geleistet habe und nicht einfach tatenlos war und nun wütend über das Resultat bin. Und unterdessen weiss ich, auch ein – für mich – verlorener Abstimmungssonntag zeigt Wirkung, immerhin mussten viele Leute sich damit auseinandersetzen, es verändern sich danach die Diskussionen in den

politischen Gremien und es kann neue politische Konstellationen geben. Was machen, wenn es schwierig wird und man den Mut verlieren könnte? Wenn man dabei ist, den Glauben an das Gute definitiv zu verlieren, ob der Voten der politischen Rechten? Ob der menschenverachtenden Bemerkungen, Leserbriefe, Behauptungen – die ja nicht erst seit den US-Wahlen legitim geworden sind. Für mich ist die Antwort klar: Wir müssen uns in Aktion begeben. Wir müssen schreiben, reden, uns melden. Nicht unbedingt als Entgegnung auf wüste Vorwürfe und Behauptungen – sondern trotzdem aktiv sein. Mich ärgert es masslos, dass Lügen und Behauptungen fast schon erlaubt sind. In Voten im Kantonsrat, in Zeitungen, in den sozialen Medien etc. Jeder darf behaupten, was er will. Unabhängig davon, ob die Fakten, die Wissenschaft oder Forschung etwas anderes sagen. Soll ich ohnmächtig und hilflos zusehen, jammern, dass die Welt heute schlechter ist? Nein, da mach ich nicht mit. Klagen und schimpfen macht mich nicht zufrieden. Es drückt mich zu Boden, das will ich nicht. Ich denke, wir müssen uns involvieren, uns Gehör verschaffen mit den Fakten, mit unseren Erfahrungen, unserem Wissen und unserer Werthaltung. Also los, zeigen wir uns, machen wir uns bemerkbar. In den Zuger



Medien (immer gleich alle anschreiben!), in den Diskussionen im öffentlichen, privaten und beruflichen Umfeld. Es ist wichtig, unsere Werte immer wieder zu vertreten, auch wenn es aussichtslos scheint. Es bleibt etwas haften, davon bin ich zutiefst überzeugt. Als ältere Frau darf ich das auch noch mit einem anderen Engagement, mit meiner Lebenserfahrung und auch mal augenzwinkernd tun. Das sehe ich als Vorteil. Die Jungen sollen auch – JA! unbedingt –, aber es gibt leider keine Anzeichen dafür, dass sich die GRAUEN Alternativ-Grünen zurückziehen können. Es braucht die Kräfte aller – jung und alt! Wir haben noch viel zu tun. Packen wir es an! ■

Ressourcen pflegen

Hansruedi Küttel
Bilder Paula Gisler

4 In Zürich hat der Brief der Maturandin Anna Püntener an die Regierungsrätin Silvia Steiner (Seite 6) gezeigt, was «Sparanstrengungen» der Kantonsregierungen auslösen können. Was passiert hier bei uns im Kanton Zug? Wo ist die Bildung von der Sparhysterie betroffen? Hier sind unsere Gedanken dazu.

Maturitätsquoten

Die Diskussion kommt immer wieder. Es werden Prozentzahlen genannt und mit anderen Kantonen verglichen. Wollen wir wirklich eine bestimmte Quote halten? Geht es um Prozente oder um Menschen? Fähige junge Menschen mit einem entsprechenden Ziel sollen Zugang zur gymnasialen Bildung erhalten. Beim Übertrittsverfahren stellt sich jedoch ab und zu die Frage, wer nun den gymnasialen Weg einschlagen will: die Eltern oder der betreffende Jugendliche? Klärung könnte – zusätzlich zur Leistungsbeurteilung – die Einführung eines Motivations-schreibens schaffen. Tatsache bleibt, dass Zuger Schülerinnen und Schüler nicht einfach nur eine Matura machen, sondern anschliessend einen überdurchschnittlich hohen Anteil an erfolgreichen Hochschulabschlüssen nach Hause bringen!

Gymnasium

Den grössten Beitrag ans Entlastungsprogramm leisten gemäss Bildungs-direktion die kantonalen Mittelschulen. Senken die geplanten Kürzungen und Einsparungen (schlechtere Arbeitsbedingungen: weniger Altersentlastung, weniger Studienurlaub, ein langsamerer Anstieg der Lohnkurve) die Attraktivität der Kantonsschule als Arbeitsplatz für qualifizierte Lehrpersonen? Auch die Höhe der Pflichten ist nicht «Zuger Luxus», gehört im interkantonalen Vergleich zu den höheren Werten.

Muss auch bei den Klassengrössen wieder mit Zahlen operiert werden, Durchschnitte festgelegt werden, welche dann zum Abbau von «weniger gefragten» Angeboten führen

müssen? Also Normierung statt Vielfalt oder Differenzierung?

Und ja, gemäss Aussage von Regierungsrat Schleiss wird es mit der zweiten Phase des Entlastungsprogramms dann noch schlimmer: «Die Kantilehrer müssen in dieser Phase den grössten Beitrag des Entlastungsprogramms stemmen.» Soviel zum Thema Opfersymmetrie.

Bildungssystem und Durchlässigkeit

Die Durchlässigkeit des schweizerischen Bildungssystems wird in Zug seit vielen Jahren sehr gut genutzt. Ein hoher Anteil von Berufslernenden erwirbt während oder nach der Berufslernlehre die Berufsmaturität und studiert später an einer Fachhochschule oder einer anderen Bildungseinrichtung. Die breite Allgemeinbildung, kombiniert mit praktischem Wissen und Können, sowie mit Erfahrung in der Arbeitswelt sind eine gute Grundlage für die Weiterbildung wie auch für die persönliche Weiterentwicklung im Beruf. Berufsmaturitätsschulen und Lehrbetriebe leisten ihren Beitrag und helfen mit, den qualifizierten Nachwuchs im Kanton weiter zu erhalten. Tragen wir Sorge dazu und spielen wir nicht die verschiedenen Bildungswege gegeneinander aus!

Ressource Bildung

Die Standortattraktivität von Zug besteht nicht nur aus einem Steuerfuss und einigen Steuerprivilegien für besondere Fälle. Servicequalität der Verwaltungen sowie Verkehrs-anbindung werden immer wieder genannt. Und ganz wichtig, sagt immer mal wieder unser Volkswirtschaftsdirektor: Die Ressource Bildung zählt. Das darf aber keine Floskel bleiben.

Investitionen in Schulbauten

Wir brauchen Schulraum. Irgendwo zwischen ewigem Provisorium und Luxusbauten gibt es funktionale Schulhäuser, welche die Abläufe im Schulbetrieb und die Bedürfnisse von Lernenden und Lehrenden berücksichtigen. Eine angenehme Arbeitsumgebung leistet einen Beitrag an die leistungsfördernde Arbeitsatmosphäre. Ein schönes Schulhaus muss kein Luxusbau sein. Der oft beklagte Luxus in einzelnen Schulhäusern entsteht jeweils nicht aus Forderungen der Lehrpersonen.

Klassengrössen

Richtzahl und Höchstzahl der Lernenden pro Klasse sind ein Element für die Sicherstellung der Betreuungsqualität durch die Lehrpersonen. In heterogenen Klassen sind die Lehrpersonen sehr gefordert und stossen bei zu grossen Klassen an Grenzen, sodass die Qualität leidet.

Administrationsaufwand

Neben den festgelegten Lektionenzahlen gehören individuelle Betreuung von Lernenden sowie Elterngespräche zu den Kernaufgaben der Lehrpersonen. Koordination mit weiteren beteiligten Lehrpersonen und Aufgaben in der Klassen- oder Schulorganisation zählen ebenfalls zu den direkten Aufgaben. Dazu kommen je nach Situation administrative Aufgaben mit Statistiken, Erhebungen, Rapporten, Besprechungen etc., die in vielen Fällen den Nutzen nicht sofort erkennen lassen. Die Administration ist auch an den Zuger Schulen nicht vorbeigegangen. Dem muss Einhalt geboten werden; das Kerngeschäft der Schule ist der Unterricht und nicht die Administration des Unterrichts.

Lehrplan 21

Der Bildungsrat hat im Jahr 2015 die Einführung des Lehrplans 21 beschlossen. Nun liegt ein Vorschlag des Bildungsrats für eine Studenta-

fel vor. Künftige Fachbezeichnungen und weitere Brennpunkte werden in verschiedenen Kreisen diskutiert und es besteht da und dort noch Klärungs- und Änderungsbedarf. Opposition gibt es z. B. bei der Kürzung der Musik auf der Primarstufe von zwei auf eine Lektion und beim geplanten Abbau beim Handwerklichen Gestalten. «Kopf, Herz und Hand» gilt auch im 21. Jahrhundert.

Experimentierfeld Schule

Es ist nicht so, dass sich im Schulsystem keine Sparmöglichkeiten anbieten würden. Vielfach beklagt wird vor allem von Lehrpersonen, dass zu viel und immer wieder am System Schule herumgeschraubt wird. Es geht nicht darum, sich gegen Änderungen zu sperren, wichtig erscheint jedoch, dass zwischendurch wieder einmal Ruhe einkehrt, Erfahrungen gesammelt werden können, Feinkorrekturen aus den Erfahrungen entwickelt werden können, bevor wieder von aussen die nächsten grundsätzlichen Neuerungen verlangt werden. Weniger Ändern reduziert Kosten und lässt Raum für Qualitätsentwicklung im Detail, vor Ort.

Pädagogische Hochschule Zug

Für die zweite Phase des Entlastungsprogramms kommt auch die Pädagogische Hochschule Zug auf die Zielscheibe. Der Bildungsdirektor will das Defizit, welches der Kanton zu tragen hat, um 10 Prozent verkleinern.

Intelligent sparen

Es war vor etwa 30 Jahren, als wir in der Industrie die Erfahrung machten, dass die Rasenmähermethode (alle Abteilungen sparen gleich viel Prozent) beim Sparen, Optimieren oder Kostensenken ein Unsinn ist. Bei der Innovation zu sparen, ist immer gefährlich, denn nur mit Innovation können wir die Zukunft gestalten und bewältigen. Für unseren Kanton gehört die Bildung zur Innovation.

Auch in der Bildung ist Sparen kein Tabu, auch in der Bildung kann und darf man sparen. Da es sich bei der Bildung immer um Langzeitprojekte handelt, erfahren wir die Folgen gemachter Fehler erst viele Jahre später. Aus diesem Grund sind Sparmassnahmen ausserordentlich sorgfältig zu überlegen, zu planen, zu entscheiden. Bildungs- und Volkswirtschaftsdirektion (Berufsbildung und höhere Fachschulen) sind gefordert. Wenn sie sich nicht mit Vehemenz gegen die Sparguillotine stellen, büsst Zug seine aktuell hohe Qualität in Schul- und Berufsbildung schnell ein.



Der Spardruck birgt die Gefahr, dass Entscheide verschoben werden; wie die Renovation des Schulhauses Wiesental.



Bald nur noch Reiche am Gymnasium

(<https://www.journal21.ch/bald-nur-noch-reiche-am-gymnasium>, 29.09.2016)

Liebe Frau Steiner

Ich gehöre zu denjenigen, die Ihre AHV finanzieren werden. Ich gehöre zu denjenigen, die mit den Konsequenzen des Klimawandels umgehen müssen. Ich gehöre zu denjenigen, die in einer zunehmend komplexeren Welt zurechtkommen müssen; einer Welt, in der Ihre Generation gerade recht erfolgreich Kriege führt und Flüchtlingsströme verursacht. Ich und meine Generation, wir werden jedes bisschen Wissen bitter nötig haben! Sie als unsere Bildungsdirektorin sollen im Auftrag des Volkes sicherstellen, dass wir dieses Wissen auch erhalten. Doch anstatt sicherzustellen, dass wir für die stetig steigenden Anforderungen des Lebens bestmöglich gerüstet sind, verweigern Sie uns aus fadenscheinigen «Kostenoptimierungsgründen» eine Ausbildung, die den Anforderungen und Möglichkeiten der Schweiz im 21. Jahrhundert entspricht.

Ich verstehe, dass man sparen muss, und es versteht sich von selbst, dass es in der Kantonskasse nicht unendlich viel Geld gibt, das man zu Origami-Tierchen falten und dann auf der Strasse an mehr oder weniger bedürftige PassantInnen verteilen könnte. Ich verstehe auch, dass man sparen muss, um ein Budget einzuhalten. Aber wenn Sie sagen, «s Sackgeld wird nöd gchürzt, s wird nume iigflore», dann verstehe ich das nicht – und zwar nicht, weil es mich intellektuell überfordern würde, sondern weil es nicht der Wahrheit entspricht.

(...)

Es geht also nicht nur ums Sparen an sich, sondern um die – bei allem gebotenen Respekt für Ihr Amt – unehrliche und in höchstem Masse inakzeptable Art und Weise, wie Sie vorgehen, um Ihre Agenda gegenüber uns «Kostentreibern», wie Sie uns Schülerinnen und Schüler in offiziellen Dokumenten bezeichnen, durchzuzwängen. Ich bin nicht sicher, ob es wirklich nötig ist, dass Ihnen eine Achtzehnjährige Ihr eigenes Vorgehen erklärt, und ob Sie mir – einer von Tausenden Ihnen anvertrauten Schülerinnen – überhaupt die Bereitschaft entgegenbringen und zuhören. Ich sage es trotzdem: Frau Steiner, Sie sind im Begriff, in unserem Land die Chancengleichheiten bezüglich der Bildung abzuschaffen, ohnehin schon überarbeitete Lehrpersonen noch mehr unter Druck zu setzen und die Bildungsqualität massiv zu verringern. Was Sie mit Ihren sogenannten «Leistungsüberprüfungen» de facto betreiben, ist eine Spaltpilzpolitik in Reinkultur. Systematisch spalten Sie alle Betroffenen in Untergruppen auf, um sie dann gegeneinander auszuspielen; immer im Wissen darum, dass Ihnen die einzelnen Grüppchen nicht gefährlich werden können. Lassen Sie mich Ihnen anhand zweier Beispiele zeigen, was ich meine:

Jedes zusätzliche Kind, das es ans Gymnasium schafft, belastet Ihr Budget. Indem Sie nun aber aus reinen Kostengründen die Aufnahmebedingungen verschärfen und die Aufnahmequoten heruntersetzen, vermindern Sie die Chancengleichheit. Ins Gymnasium schaffen es jetzt schon mehrheitlich nur noch diejenigen, deren Eltern es sich leisten können, den Nachwuchs in eine teure Prüfungsvorbereitung und nachher allenfalls in die Nachhilfe zu schicken. Schülerinnen und Schüler aus reichem Elternhaus sind entscheidend im Vorteil. Mit schwereren Aufnahmeprüfungen wird diese Ungerechtigkeit zusätzlich verschärft. Dadurch schaffen Sie eine auf Finanzkraft basierende (Bildungs-)Elite. Indem Sie die privaten gegen die öffentlichen Schulen ausspielen, unterwandern Sie das bis anhin gut funktionierende Schweizer Bildungssystem. Dadurch schaffen Sie amerikanische Verhältnisse: Bildungsreichtum für die Reichen, Bildungsarmut für die Armen!

Doch auch innerhalb der Schulen setzen Sie Ihre Spaltpilzpolitik ein:

Indem Sie das Stundenpensum ausschliesslich für Sprachlehrer, nicht aber für die Lehrpersonen der anderen Fächer anheben, spalten Sie das Lehrerkollegium an allen Schulen in zwei Lager; solche, die neu weniger verdienen, und solche, die nicht von Ihren Massnahmen betroffen sind. Dadurch stellen Sie sicher, dass die Lehrpersonen nicht geeint gegenüber Ihnen und Ihrer «Optimierung» auftreten können. Und das nächste Mal nehmen Sie sich dann halt einfach das andere Grüppchen vor: Herzliche Gratulation: So motiviert man ein Team! Der Einsatz von Ironie ist übrigens ein rhetorisches Stilmittel. Ein solches zu erkennen, zu benennen und einzusetzen ist Teil des Sprachunterrichts, der nun also in viel grösseren Klassen bei immer gestressteren und schlechter bezahlten Lehrpersonen in Gebäuden stattfindet, deren Infrastruktur aus Kostenoptimierungsgründen immer schlechter wird.

Ich weiss nicht, was für negative Erfahrungen Sie mit Ihren Sprachlehrern gemacht haben, um nur gerade von ihnen Mehrarbeit einzufordern und sie zu diskreditieren: Diese Lehrpersonen sind aktiv im Schulalltag, organisieren Veranstaltungen mit den Schüler-Organisationen und unterstützen andere schulinterne Schülergruppen. Sie arbeiten in Kommissionen, um den Schulalltag zu verbessern, sie leisten Überstunden, wenn sie mit uns auf Exkursionen kommen, und sie pflegen ganz einfach einen gesunden zwischenmenschlichen Kontakt zu ihren Schüler/innen. Und wissen Sie was? Das ist unbezahlbar. Aber all das braucht Zeit, und genau die nehmen Sie den Lehrpersonen – und dadurch uns Schülerinnen und Schülern – weg.

Es gäbe noch viele weitere Punkte, an denen sich Ihre Spaltpilzpolitik erkennen liesse, aber ich möchte zu einem Ende kommen: Ich weiss, dass ich als Gymnasiastin für Sie in erster Linie eine Kostentreiberin bin. Aber ich treibe die Kosten nicht aus Eigennutz in die Höhe. Was ich im Gymnasium lerne, was ich profitiere, lerne und profitiere ich für die Gesellschaft. Die Gesellschaft braucht gut ausgebildete, zufriedene, wissenshungrige und ehrgeizige junge Menschen, die mit einem breiten Wissen aus dem Gymnasium kommen und in der Gesellschaft etwas bewegen wollen. Die Gesellschaft braucht mich, braucht uns. Und zwar als Menschen, die nicht nur etwas verändern wollen, sondern auch können!

(...)

Annahme verweigert

Marco Knobel

Bild Allianz für ein lebenswertes Zug

Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Kantons versenkt das Volk eine bürgerliche Finanzvorlage. Das Sparpaket wurde refusierte, die Mehrheit verweigerte die Annahme.

Ein Gespenst ging um in Zug. Es war das Gespenst des Endes der neoliberalen Ideologie. Mächte des alten Zugs hatten sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet: vom (Alt-) Landammann über die Wirtschaftskammer bis zu den Steuerflüchtlingen. Zweierlei geht daraus hervor. Der Widerstand gegen das Steuerdumping wird bereits von allen Zuger Mächten als eine Macht anerkannt. Es wurde hohe Zeit, dass die Vertretungen von Personal, Bildung, Kultur, Menschen mit Behinderung und sozial Schwachen ihre Anschauungsweise vor dem ganzen Kanton offen darlegen und dem Märchen vom Gespenst des Zuger Untergangs einen Denkmalsstein verpassen. Zu diesem Zweck haben sich Organisationen der verschiedensten Couleur verbündet und einen historischen Erfolg verzeichnet, der noch lange nachhallen wird.

Wehret den Anfängen (des Endes)

Es sollte ein erster Schritt in der Vollendung einer bürgerlichen Agenda sein. Gezielt wurden die Beiträge der grossen ProfiteurInnen des Zuger Steuerdumpings Stück für Stück abgebaut, bis dramatisch mit roten Bilanzen gewedelt werden konnte. Nun sollte dem Gemeinwesen der Todesstoss verpasst werden. Mit dem Entlastungsprogramm EP2 hat die bürgerliche Classe politique zu einem ersten Säbelhieb ausgeholt – quasi zeitgleich mit der Vorbereitung weiterer Giftpfeile. Die roten Zahlen genügten Regierung und Parlament aber nicht zur Rechtfertigung.

Schmutzkampagne

Mit orwellischer Begriffsverdreherei sollte der soziale Kahlschlag vertuscht werden. «Entlastung», «opfersymmetrisch» und «fair bei allen sparen» wurde gesagt und «zu Lasten der Ärmsten, Kränksten, Schwächsten und bei Bildung, Kultur, Lohn und Infrastruktur sparen» gemeint.



Das Paket wird zurückgegeben.

Eine ausgewogene Lösung, die Einnahmen- und Ausgabenseite angeht, wurde nicht einmal in Betracht gezogen. Mit dem von langer Hand vorbereiteten, massiven Widerstand hat das bürgerliche Establishment aber nicht gerechnet. Ungewohnt nervös und schmutzig war deren Kampagne. PolizistInnen wurden wegen eines Kampagnensujets öffentlich angeschwärzt (obwohl CVP-Sicherheitsdirektor Villiger seine Einwilligung gegeben hatte), Personalvertretungen als Lügenbande an den Pranger gestellt und Lehrpersonen imaginativ in Luxustempel hausen gelassen. Die ungerechte Sparerei war aber dermassen schlecht zu vertuschen, dass den Stimmenden bis weit über die politische Mitte hinaus der Kragen platzte.

Vertrauen in die Bourgeoisie schmilzt

Vor ein paar Jahren hätte wohl niemand das Scheitern einer bürgerlichen Finanzvorlage in Zug für möglich gehalten. Das Vertrauen in die etablierten Kräfte schwindet. Und nicht nur das. Bis anhin hat man in gutbürgerlichen Stuben die Mär vom bedingungslosen Segen des Steuerdumpings höchstens hinter vorgehaltener Hand kritisiert. Dessen gravierende soziale und ökonomische Auswirkungen sind aber längst nicht mehr nur weit weg sichtbar. Sinkendes frei verfügbares Einkommen, horrende Mieten, Betonwüsten und Identitätsverlust führen mittlerweile zu einem regelrechten Umdenken. Die klare Ablehnung des Sparpaketes auch in konservativen Gemeinden ist als Meilenstein dieses Umbruchs zu verstehen. Und nicht nur das. Der epische Erfolg an der Urne reiht sich nahtlos in die linken Erfolge in Basel, Solothurn, dem Aargau oder in Bern ein. Das Vertrauen in das Establishment des Finanzklüngels scheint am Ende zu sein.

Gourmetfreuden

Das Amuse-Bouche wird jeweils vor der Vorspeise gereicht. Ich serviere ein amüsantes Schmankerl zum Schluss dieser Rekapitulation, als kleinen Appetitanreger für ganz neue politische Gaumenfreuden. Unsere FreundInnen der Jungen Alternative in Bern haben am vergangenen Abstimmungssonntag im 80-köpfigen Stadtparlament gleich viele Sitze gemacht, wie die gesamte CVP. Nämlich deren zwei. ■

P.S. gewisse Stellen sind absichtlich nicht «gendered»

Grosse Aufgaben

Hansruedi Küttel

8 Für das Bulletin hat Hansruedi Küttel ein Interview mit Berty Zeiter durchgeführt. Was beschäftigt die Baarer Gemeinderätin, wo liegen ihre Aufgaben und ihre persönlichen Schwerpunkte? Seit sechs Jahren steht sie nun in dieser Aufgabe. Welches waren die Herausforderungen? Was möchte sie noch anpacken?

BULLETIN: Mit welchen Aufgaben hast du dich in den letzten sechs Jahren als Vorsteherin der Abteilung Soziales/Familie vor allem beschäftigt?

Berty Zeiter: Ein grosser Brocken ist die stationäre und ambulante Langzeitpflege, dann auch die Entwicklung der Altersheime hin zu Pflegezentren, anfänglich auch noch die Vormundschaften und jetzt der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Nachbarschaftshilfe.

BULLETIN: Das scheint ein grosses Paket zu sein.

Berty Zeiter: Zum Glück habe ich in meiner Abteilung ein sehr kompetentes Team. Gemeinsam mit diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist das Tagesgeschäft zu führen. Neben Standardaufgaben im Alltag gibt es aber auch Projekte und Themen, wo es um die Entwicklung in der Gesellschaft geht, für morgen und für die Zukunft. Nehmen wir das Beispiel Langzeitpflege: Bis 2011 waren für die allgemeine stationäre Langzeitpflege die Standortgemeinden der Heime zuständig und für die spezialisierten regionalen Angebote der Kanton. Mit dem neuen Spitalgesetz ging die Verantwortung für die spezialisierten Angebote – sowohl ambulante wie stationär – an die Gemeinden. Seither sind die Zuger Gemeinden in der Pflicht, in diesem Bereich gemeinsame Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Es wurde deshalb eine Kommission Langzeitpflege eingesetzt, in der die Gemeinden durch gemeindliche Exekutivmitglieder und Fachpersonen aus der Verwaltung vertreten sind. Diese Aufbauarbeit durfte ich nun

fünf Jahre lang führen. Als Präsidentin der Kommission Langzeitpflege konnte ich dabei einen interessanten und intensiven Entwicklungsprozess mitgestalten.

BULLETIN: Kannst du ein Beispiel geben, was unter spezialisierten Angeboten in der Langzeitpflege zu verstehen ist?

Berty Zeiter: Dazu gehört z.B. das Tagesheim, wo kranke Menschen tagsüber betreut werden und wodurch pflegende Angehörige entlastet werden können. Auch die Palliative Care, die ganzheitliche Pflege und Betreuung für Menschen in der letzten Lebensphase, gehört dazu. Mit dieser Spezialpflege können Menschen möglichst angstfrei und in Würde sterben.

BULLETIN: Was sind nun die konkreten Resultate dieses Prozesses?

Berty Zeiter: Wir haben im Langzeitpflegebereich abgegrenzt, welche Dienstleistungen künftig die Zuger Gemeinden gemeinsam planen und mitfinanzieren und welche Angebote jede Gemeinde selber zur Verfügung stellen und mitfinanzieren muss. Für die gemeinsamen Leistungen war die Organisationsform zu entwickeln. So entstand die Organisation Langzeitpflege der Zuger Gemeinden, welche sich aus einer Konferenz, einer Kommission und einer Fachstelle zusammensetzt. Wir haben total 11 Angebote definiert, entwickelt und umgesetzt (siehe Kasten).

Nach fünf Jahren Arbeit an diesem Thema gebe ich meine Aufgabe gerne weiter, denn ich habe viel Energie und Herzblut in dieses Projekt investiert. Dabei waren viele gesetzliche



Anforderungen zu erfüllen, Ansprüche abzugrenzen und Erwartungen zu befriedigen. Gleichzeitig galt es, die Kommission zu führen, Ideen zu entwickeln und Auseinandersetzungen zu bewältigen. Diese Herausforderungen habe ich als Chance wahrgenommen, denn ich konnte darin viel lernen und daran wachsen.

BULLETIN: Zum Thema Familienergänzende Kinderbetreuung: Baar hat früher als andere Gemeinden die Finanzierung der KITAs umgestellt. Warum?

Berty Zeiter: Die Anregung kam von Mitgliedern der Familienkommission, deren Präsidentin ich bin. Sie war somit bereits etwas breiter abgestützt. Wir haben dann die verschiedenen möglichen Modelle verglichen und sind zum Schluss gekommen, dass die Vorteile für das Modell

mit Betreuungsgutscheinen überwiegen. Mit diesem Modell kommt auch deutlicher zum Ausdruck, dass die Gemeinde nicht die KITAs auswählt und mitfinanziert, sondern bei Bedarf die Familien unterstützt, welche eine Kinderbetreuung in Anspruch nehmen wollen oder müssen. Inzwischen haben wir einige Erfahrungen gesammelt. Das neue Modell bewährt sich.

BULLETIN: In der Zeitung stand kürzlich: «Weil mehr Eltern arbeiten gehen können, haben wir mehr Steuereinnahmen.»

Berty Zeiter: Dieser Gedanke ist nicht grundsätzlich falsch, darf aber auf keinen Fall im Vordergrund stehen. Wichtig ist primär eine gute und bedarfsgerechte Kinderbetreuung im Vorschulalter.

BULLETIN: Beim Thema KISS oder Nachbarschaftshilfe mit Zeitungschriften wurden in anderen Zuger Gemeinden bereits Genossenschaften gegründet. Was geschieht in Baar?

Berty Zeiter: Zur «organisierten Nachbarschaftshilfe» in Baar wurde von der CVP eine Interpellation eingereicht, die an der Gemeindeversammlung vom 13. Dezember 2016 beantwortet wurde. Wir möchten in Baar das Thema in einen grösseren Zusammenhang stellen. Tatsächlich haben viele Senioren Zeit und Potenzial, das wir heute oft zu wenig nutzen. Ein System wie KISS kann den Einsatz dieser Talente unterstützen. Eine solche Genossenschaft kann durch eine Gruppe interessierter Personen gegründet und geführt werden. Die Gemeinde kann Aufbauarbeit in diesem Prozess leisten. Doch es ist nicht primär die Aufgabe der Gemeinde.

BULLETIN: Welches ist dann die Aufgabe der Gemeinde?

Berty Zeiter: Es verändern sich in der gegenwärtigen Entwicklung auch die

Bedürfnisse und Erwartungen der älteren Menschen. Unsere Aufgabe ist es also, den Bedarf an Dienstleistungen und Infrastruktur zu klären, zu planen und zu decken. Zum Beispiel sind Altersheime im bisherigen Sinn ein Auslaufmodell. Andererseits gibt es eine grosse Nachfrage nach preisgünstigen Alterswohnungen, vorzugsweise in der Nähe eines Alterszentrums. Dadurch entwickeln sich zum Teil auch neue Wohnformen z.B. das Betreute Wohnen. Pflegeleistungen werde dann mehr ambulant statt stationär gefragt sein.

BULLETIN: Wie ist das alles zu realisieren bei der aktuellen Sparhysterie?

Berty Zeiter: Gemeinsam müssen wir uns dafür einsetzen, eine Gesellschaft weiterzuentwickeln, die als «sozial» bezeichnet werden darf. Wir müssen gemeinsam die Aufgaben lösen, nicht die Budgetposten vom Kanton zur Gemeinde verschieben oder umgekehrt.

BULLETIN: Du hast mit dem Amt der Sozialvorsteherin von der operativen Ebene als Sachbearbeiterin Soziales in die strategische Ebene gewechselt.

Wie siehst du diesen Wechsel in der Rückschau?

Berty Zeiter: Ich habe immer Freude gehabt, Neues zu lernen und gesellschaftliche Herausforderungen anzupacken. Und darum bin ich jetzt auch so dankbar für die Chance, dass ich meine Führungsqualitäten als Gemeinderätin einsetzen und weiterentwickeln darf. Es macht mir Freude, Menschen zu führen. Dabei ist mir wichtig, nicht alleine den Ton anzugeben. Ich sehe mich eher als Dirigentin eines Chores. Ich will die Stimme jedes Einzelnen hören und entfalten helfen, passend einsetzen und zu einem stimmigen Ganzen zusammenführen.

BULLETIN: Halbzeit in der aktuellen Legislatur: Hast du Lust, weiterzuwirken als Gemeinderätin?

Berty Zeiter: Als Gemeinderätin habe ich eine herausfordernde, interessante Aufgabe, bei der ich viel bewirken kann. Je stärker ich hineinwachse, umso mehr Energie und Freude erfahre ich dabei. Ja, ich habe noch Lust auf mehr.

BULLETIN: Berty, besten Dank für das Gespräch. ■

Leistungen spezialisierte Langzeitpflege ab 1. Januar 2016

(www.baar.ch/dl.php/de/56a0b4b1e309a/Medienmitteilung_Langzeitpflege_20160121.pdf)

- Ambulante Akut- und Übergangspflege
- Stationäre Akut- und Übergangspflege
- Slow-Stream-Übergangspflege
- Tagesheim
- Tag-Nacht-Station
- Spezialisierte Palliative Care, ambulant inkl. Spitex-Nachtdienst
- Spezialisierte Palliative Care, stationär
- Gerontopsychiatrische Pflegeabteilung/Wohngruppe
- Temporäre Entlastungsbetten («Ferienbetten»)
- Betreuung und Pflege von jungen pflegebedürftigen Menschen
- Kinder-, Psychiatrie- und Onkologiespitex

Umgang mit religiösen Symbolen

Anastas Odermatt, Kantonsrat ALG, Steinhausen

10

Mit weisser Farbe wurden in der Kapelle des alten Kantonsspitals sechs Wandbilder übertüncht, die vom Schweizer Maler Fritz Pauli stammten und Szenen aus der christlichen Passionsgeschichte darstellten. Die Massnahme wurde damit begründet, dass die Kapelle nun als Ruheraum für Asylsuchende diene. Dies hat zu emotionalen Reaktionen in der Bevölkerung und zu einer Interpellation aus dem bürgerlichen Lager im Kantonsrat geführt.

In der Kantonsratsdebatte zeigte sich deutlich: Gerade bei einem so sensiblen Thema ist es wichtig, genau hinzuschauen und auch zu differenzieren. Die Regierung ist zwar pragmatisch mit den Herausforderungen umgegangen, die sich gestellt haben. Rein juristisch verlief alles korrekt: Die Kapelle und die Bilder selbst standen nicht unter Denkmalschutz und das Gebäude ist mittelfristig dem Abriss geweiht. Pragmatisches Handeln hat aber seine Grenzen, gerade im sensiblen, emotional schnell aufgeladenen Politikfeld der Flüchtlings- und Religionspolitik. Dieses Handeln kann rasch kippen und unüberlegt wirken. Das ist im vorliegenden Fall geschehen. Es hätte den

Verantwortlichen klar sein müssen, dass es problematisch ist, religiöse Wandbilder leichtthin zu übermalen. Die Regierung sollte künftig gerade auf solchen Politikfeldern mehr Sensibilität an den Tag legen.

Die Fragen

Es ist also nachvollziehbar, dass diese Massnahme Betroffenheit ausgelöst und im Kantonsrat zu Fragen geführt hat. Es ist aber zu beachten, welche Fragen gestellt werden – und wie. Im vorliegenden Fall unterstellten nämlich die Interpellanten mit ihren Suggestivfragen unter anderem, dass alle Asylsuchenden einer anderen Religion angehören und dass ihnen christliche Motive nicht zuzumuten

sind. Das stimmt nicht: Es gibt auch Asylsuchende, die christlich sind oder die sich ihrer angestammten Religion entfremdet haben. Zudem meine ich, dass christliche Motive sehr wohl «zumutbar» sind – wem auch immer.

Das Christentum

Es scheint, als hätten die Interpellanten mit ihren Fragen versucht, zumindest indirekt politisches Kapital zu Lasten von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu schlagen. Sie und weitere Votanten im Rat schlüpfen in die Rolle von «Beschützern des Christentums» gaben sich besonders «christlich». Das finde ich problematisch, gerade auch aus dieser christlichen Perspektive: Die Passionsgeschichte verweist auf einen Kernwert des Christentums, auf Nächstenliebe und Mitempfinden, gegenüber den Eigenen, vor allem aber auch gegenüber Fremden. In der jüdisch-christlichen Tradition gibt es unter den Geboten wenige, die an Gewicht und Eindeutigkeit dem Schutzgebot gegenüber Fremden und Flüchtlingen gleichkommen. Im dritten Buch Mose lesen wir etwa (Lev 19,33–34): «Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst!» Erhellend ist die Begründung, die unmittelbar folgt: «Denn ihr seid selber Fremde gewesen.» Nächstenliebe wird hier zweifach verstanden: gegenüber Eigenem, aber vor allem gerade auch gegenüber Fremden. Hat jemand im «Ruheraum» des alten Kantonsspitals mit den Asylsuchenden darüber gesprochen? Viele von ihnen durchleben ja ihre besondere, ganz eigene Passionsgeschichte just hier und heute. Mit dem Verweis auf die Passionsgeschichte indirekt ein negatives Bild von Flüchtlingen zeichnen und daraus politisches Kapital schlagen, das ist für mich unverständlich. ■



Gewisse Fragen zu stellen ist berechtigt, daraus politisches Kapital zu schlagen aber problematisch.

Wanderwegnetz gerettet

Hanni Schriber-Neiger, Kantonsrätin ALG, Risch

«Steiniger Wanderweg endete für Wandervögel in gemütlicher Wanderhütte.» So könnte man den Werdegang des Regierungsrats-Sparantrages zum Zuger Wanderwegnetz bezeichnen. Nach steinigem Start befand schlussendlich der Kantonsrat mit einer Mehrheit von 29:36 für die Beibehaltung des bisherigen Netzes. Wir freuen uns mit den vielen Wandervögeln, dass das Zuger Wanderwegnetz nicht geschmälert wird.

Vor gut einem Jahr warf die Vernehmlassung noch keine grossen Wellen, was wir nicht verstehen konnten. Denn die Regierung beantragte schlicht eine massive Verkleinerung des Wanderwegnetzes um einen Drittel von 558 auf 384 Kilometer. Leider

und für die Menschen sehr viel bringt. Man sollte doch eher das Wanderangebot noch «gluschtiger» machen, um die Zuger Bevölkerung noch mehr zum Gehen, Spazieren und zum Joggen zu animieren, anstatt zu kürzen. Die ALG wollte auf keinen Fall eine



Der Kanton Zug spart nun doch nicht bei den Wanderwegen.

schwenkte dann der Verein Zuger Wanderwege (zu) früh auf einen Kompromissvorschlag von 446 Kilometern ein, was das Argumentieren für die Beibehaltung des ganzen bisherigen Wanderwegnetzes nicht wirklich erleichterte.

Wandern ist gesund

Das Wandern und Spazieren ist bei der ganzen Bevölkerung sehr beliebt und auch sehr gesund. Sich bewegen ist gut für Herz, Lunge, Knochen, Blutdruck, Stoffwechsel und noch vieles mehr. Es ist Gesundheitsprävention in höchstem Masse, die wenig kostet

Reduzierung des Zuger Wanderwegnetzes, das heute eine Länge von 558 Kilometern aufweist: Weder auf eine massive Ausdünnung um einen Drittel auf 384, noch auf 446 Kilometer, den nachträglichen Kompromissvorschlag der Baudirektion. Kommt für uns als Gegenargument dazu, dass bei der vorgesehenen Wanderwegreduktion kein Wanderkilometer auf Hartbelag wegfallen würde. Man bedenke, dass ein attraktives Wanderwegnetz Lebensqualität bedeutet und reine Erholung für die Bevölkerung darstellt. Und dazu auch noch ein attraktives Tourismusangebot ist.

Viel Aufwand und wenig Nutzen

Die von den vielen negativen Reaktionen überraschte Regierung machte demzufolge einen Kompromissvorschlag, der bereits in der Raumplanungskommission keine Mehrheit fand. Ob das Wanderwegnetz nun auf 384 oder 446 Kilometer gekürzt würde, macht keinen grossen Unterschied, denn viel Aufwand bleibt schlussendlich viel Aufwand – für die Verwaltung (u. a. mit Grundbesitzern neu verhandeln) und für den Werkhof (Umsignalisierung). Die Idee, allfällig gestrichene Wanderwege an die Gemeinden abzuschieben, fanden wir eine sehr schlechte Lösung. Eine Neusignalisation wäre nötig geworden (weisse statt gelbe Wegweiser). Die neue Signalisation und Umbeschriftung hätte einen unglaublichen Mehraufwand auf verschiedenen Gebieten für die Gemeinden bedeutet. Zudem wäre weiter von Nachteil gewesen, dass der «Gemeindefussweg» auf keiner offiziellen Wanderkarte und auf keiner App mehr erschienen wäre. Wir sind froh, dass das Wanderwegnetz nun weiterhin den Bewegungsfreudigen in ursprünglicher Länge zur Verfügung steht. Zudem wurden die Zuger Gemeinden davon verschont, zukünftig einen unüberschaubaren Mehraufwand für ehemalige kantonale Wanderwege zu leisten. ■

11

Wandersehnsucht

«Wandersehnsucht reißt mir am Herzen, wenn ich Bäume höre, die abends im Wind rauschen. Hört man still und lange zu, so zeigt auch die Wandersehnsucht ihren Kern und Sinn. Sie ist nicht Fortlaufenwollen vor dem Leid, wie es schien. Sie ist Sehnsucht nach Heimat, nach Gedächtnis der Mutter, nach neuen Gleichnissen des Lebens. Sie führt nach Hause.»

Hermann Hesse, 1877–1962

Zug hat einen Sozialbericht

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Kanton Zug

12

Der erste (und hoffentlich nicht letzte) Sozialbericht des Kantons Zug kann unterschiedlich interpretiert werden. Fest steht: Für gute politische Debatten und eine zielführende Sozialpolitik braucht es konsistent gesammelte und über die Jahre hinweg vergleichbare Daten.

Mit seiner breit angelegten Sicht auf das System der sozialen Sicherheit, auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen dient der vorliegende «Sozialbericht 2016» auch als ein politisches Steuerungsinstrument. Nicht zuletzt trägt er dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit Rechnung und ermöglicht es, Hypothesen zu überprüfen, zu objektivieren und nötigenfalls zu korrigieren. Der Bericht kann auf der Webseite der Fachstelle für Statistik des Kantons Zug heruntergeladen werden.



Weniger Geburten und Scheidungen

Obwohl die Geburtenrate im Kanton Zug mit 1,6 leicht über dem Schweizer Durchschnitt liegt, reicht sie nicht aus, um den Generationenerhalt zu sichern. Dazu müsste jede Zugerin durchschnittlich 2,1 Kinder zur Welt bringen. Die Scheidungs-

ziffer liegt im Kanton Zug mit 35 Prozent zwar unter dem Schweizer Durchschnitt (41 Prozent), ist aber immer noch recht hoch. Parallel dazu verschob sich der Zeitpunkt der Familiengründung weiter nach hinten.

Zweithöchstes BIP pro Kopf

Der Kanton Zug weist nach Basel-Stadt das schweizweit zweithöchste BIP pro Kopf aus. Es hat sich seit 1981 fast verdoppelt. Die Hälfte der Schweizer Kantone erzielte ein BIP pro Kopf, das weniger als halb so hoch war wie dasjenige im Kanton Zug.

Geschlechtsspezifische Lohn-differenz

Den höchsten Monatslohn erwirtschafteten Zuger Männer im Alter von 40 bis 49 Jahren (CHF 8890), die Frauen im Alter von 30 bis 39 Jahren (CHF 7320). Am deutlichsten zeigen sich geschlechtsspezifische Lohn-differenzen bei den 40-bis-64-Jährigen. Dort betragen sie rund 20 Prozent. Von den im Kanton Zug wohnhaften, erwerbstätigen Frauen sind nur gerade 16 Prozent in einer Vorgesetztenfunktion tätig. Bei den Männern sind es doppelt so viele.

80 Prozent der Zugerinnen erwerbstätig

Dank den Frauen hat sich die Erwerbsquote im Kanton Zug seit 1990 deutlich erhöht. Mittlerweile sind 80 Prozent der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Deutlich zurückgegangen ist in dieser Zeitspanne der Anteil Frauen, der während der Kinderphase gar nicht erwerbstätig ist. In beinahe der Hälfte der Zuger Familien geht der Vater einer Vollzeit- und die Mutter einer Teilzeitarbeit nach. Noch immer sind es aber 28 Prozent

der Paarhaushalte mit Kindern, in denen der Vater Alleinverdiener ist, während die Mutter gar keiner Erwerbstätigkeit nachgeht.

Viele Reiche – wenig Mittelstand

Im Kanton Zug versteuern 10 Prozent der Steuerpflichtigen Vermögenswerte von einer Million Franken oder mehr. Diese Vermögensmillionäre besitzen 86 Prozent des steuerbaren Vermögens im Kanton. Die Zuger Mittelschicht ist hingegen schwach vertreten: Nur 41 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner zählen dazu. 32 Prozent gehören zu den Einkommensschwachen. Landesweit gehören rund 60 Prozent zum Mittelstand.

Sozialhilfequote stabil

1,7 Prozent der Zuger Bevölkerung waren gemäss Sozialbericht im Jahr 2014 auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen. Die Sozialhilfequote ist damit seit 2007 stabil und befindet sich unterhalb des landesweiten Durchschnitts von 3,2 Prozent. Rund 107 Millionen Franken werden pro Jahr ausserdem für bedarfsabhängige Sozialleistungen ausgegeben. 28 Prozent mehr als noch vor neun Jahren. Dafür verantwortlich sind hauptsächlich die individuellen Prämienverbilligungen (+30 Prozent) und die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (+45 Prozent).

Drei von vier Familien können sparen

76 Prozent der Haushalte mit Kindern im Alter bis zu 12 Jahren können Geld zur Seite legen. Somit befinden sich im Kanton Zug Familien in einer ziemlich komfortablen Lage. Im schweizerischen Mittel haben nur 53 Prozent der Familien Sparpotenzial. Im Kanton Zug steht für jedes fünfte Vorschul- oder Schulkind ein externer Betreuungsplatz zur Verfügung. Nicht ganz die Hälfte (48 Prozent) der Zuger Familien nutzt diese Angebote. ■

Über den Dächern Zugs

Marco Knobel

Am 7. November lud der Zuger Gewerkschaftsbund zu einem öffentlichen Austausch mit der alternativ-grünen Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard. Im Brennpunkt des Interesses standen das kantonale Sparpaket, die Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitende oder die Situation der Asylsuchenden.

Der Dachraum der Kantonsbibliothek ist ein wirklich passender Ort für den Austausch zum kantonalen Politgeschehen aus etwas mehr Flughöhe. Über den Dächern der Stadt Zug gab Manuela Weichelt-Picard interessante Einblicke in ihre Arbeit als Regierungsrätin. Das Sparpaket als aktuelles und brisantes Thema hat sich förmlich aufgedrängt. Die bereits erfolgten Kürzungen des Paketes 1 sind an der Urne nicht anfechtbar, lediglich

Arbeitsmarkt beschäftigt die Gewerkschaften stark. Unsere Regierungsrätin berichtete deshalb von der directionsübergreifenden Kampagne «Alter hat Potenzial». Mit Veranstaltungen und Tagungen sollen Wirtschaft und Gesellschaft die Potenziale älterer Menschen aufgezeigt werden. Im März 2017 wird das dritte öffentliche Forum mit dem Schwerpunkt «Freiwilligenarbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten» stattfinden.



die Gesetzesänderungen, die mit dem zweiten Paket einhergehen. Hier erfuhr wir über die Kürzungen bei der Direktion des Innern. Die Abschaffung von Rückerstattungspflichten des Heimatkantons sind ein alter Zopf, der sowieso abgeschnitten würde und auch gleich mit ins Paket aufgenommen wurde. Relevanter sind aber die Einsparungen im Forstbereich. Die reduzierte Entschädigung an Försterinnen und Förster dürfte bei den Korporationen wohl zu einem Lohndruck führen. Auch Beiträge an die Schutzwaldpflege und Naturschutzmassnahmen werden deutlich reduziert.

Alter hat Potenzial

Die zunehmend brisantere Situation von älteren Arbeitenden auf dem

Situation der Asylsuchenden

Die Sozialen Dienste Asyl, eine Abteilung des kantonalen Sozialamtes, sorgen für die Unterbringung von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen. Der Bund weist dem Kanton Zug 1,4 Prozent der in der Schweiz Asylsuchenden Personen zu, die wiederum auf Gemeinden verteilt werden. Hier stellt sich die Herausforderung, dass nicht alle Gemeinden ihren Verpflichtungen nachkommen. Zu rund 80 Prozent wird der Aufwand durch Bundesmittel gedeckt. Die knappen Mittel und die Zunahme der Gesuche in den letzten Jahren bringen schwierige Platzverhältnisse und Provisorien mit sich, die dem Anspruch der Regierungsrätin nicht gerecht werden. In der Tat

sind überfüllte, heruntergekommene Anlagen Realität. Das von nationalistischen Kräften geschürte Klischee des roten Teppichs für Schutzsuchende ist schlicht und einfach falsch.

Ein angenehmer Austausch rundete die Veranstaltung ab. Eine Frage an Zugs einzige Regierungsrätin lautete, wie die Gewerkschaften ihre Arbeit unterstützen können. «Sichtbarkeit», lautete ihre Antwort. Die Gewerkschaften können sich viel aktiver in politische Entscheidungsprozesse einbringen. Die Mitwirkung bei Vernehmlassungen ist eine der vielfältigen Möglichkeiten.

Verstaubtes, trockenes Gremium oder schlagkräftiges Sprachrohr?

Der Zuger Gewerkschaftsbund steht sicherlich vor grossen Herausforderungen. Damit die Mitwirkung für eine junge Generation interessant wird, müssen die Gewerkschaften wieder zu einem kämpferischen, lauten Hebel der Arbeitenden werden. Die proaktive Einbindung der Basis, niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten und die Nutzung zeitgemässer Kommunikationskanäle sind unabdingbar, wenn die in einer globalisierten Welt aufgewachsenen Digital Natives für die Arbeitendenbewegung gewonnen werden sollen. Demokratisch-sozialistische Visionen jenseits des Kaltkrieg-Vakuums, globalem Casinokapitalismus und parlamentarischer Reformtristesse müssen ihren Weg zurück in die Salons, Sitzungszimmer, Gewerkschaftslogos und vor allem in die Köpfe der Arbeitenden finden. ■

Videobericht zu «Alter hat Potenzial»



Falsch gerechnet

Martin Stuber

14

Dass unser bestehendes Verkehrssystem auf Dauer nicht Bestand haben kann, ist keine Frage. Zu grosser Ressourcenbedarf in jeder Hinsicht, zu teuer und an vielen Engpässen dennoch chronisch überlastet. Ist Mobility Pricing nun das Wunderrezept? Sicher nicht in der vom Bundesrat in die Vernehmlassung gebrachten Form.

Beim Aufräumen von 25 Jahren Parlamentsarbeit ist mir ein von mir erarbeitetes altes Grundlagenpapier – von 1990 – in die Hände gekommen, das immer noch aktuell ist. Es wirft eine grundlegende Frage der Ökonomie der Verkehrssysteme auf, die bis heute übersehen wird – den Investitionen der Verkehrsteilnehmenden, welche privat getätigt werden und ökonomisch gesehen fälschlicherweise als Konsumgut betrachtet werden: dem privaten Autokauf.

Keine Kostenwahrheit bei den Investitionen

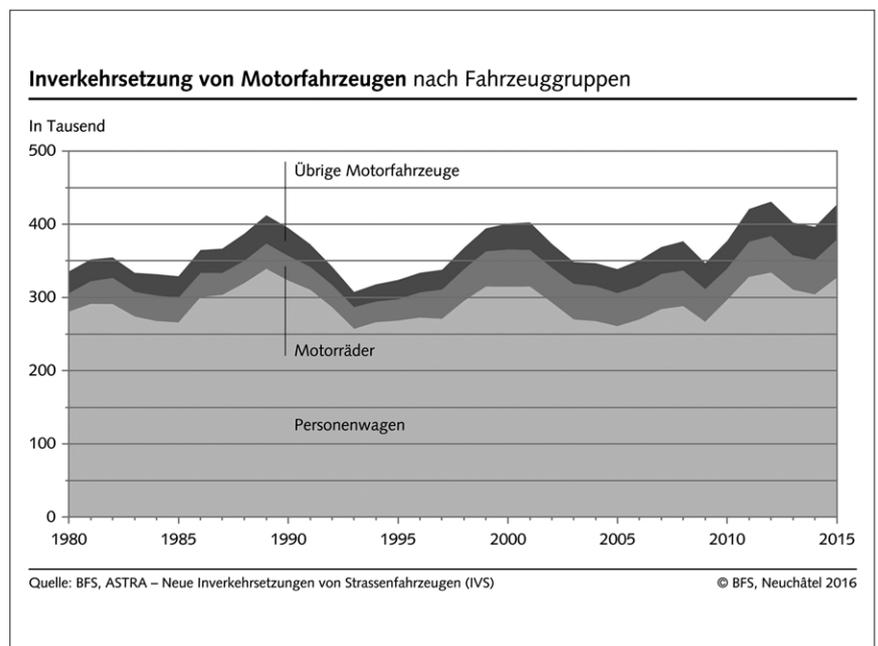
Die 140 Milliarden Franken an Investitionen – siehe Kasten – in den motorisierten Individualverkehr (mIV), welche von Privatpersonen in den letzten 15 Jahren via Neuwagenkauf getätigt werden, erscheinen in keiner Kostenrechnung. Die Investitionen in die Infrastruktur – Strasse und Schiene werden heute auf den Rappen genau erfasst und fliessen beim Thema Kostenwahrheit in die Rechnung ein. Nicht aber der Autokauf. Dies widerspiegelt sich auch auf individueller Ebene – wer rechnet schon seine Mobilitäts-Vollkosten aus? Und wie oft werden diese Vollkosten in die Entscheidung bei der Verkehrsmittelwahl miteinbezogen? Das Gedankenspiel liegt auf der Hand: Nehmen wir an, alle Kosten des eigenen Autos würden vom Staat oder irgendeiner Organisation bezahlt – z.B. über einen Fonds. Die realen Vollkosten des Fahrzeuges würden auf den Kilometer umgelegt und während der Fahrt automatisch laufend angezeigt und dann am Ende des Tages in Franken und Rappen vom privaten Bank- oder Postfinancekonto abgebucht und in

den Fonds, der das Auto bezahlt, transferiert. Wenn also der gefahrene Kilometer im eigenen Auto direkt sicht- und spürbar abgerechnet würde – wie viele Leute würden dann ziemlich rasch umsteigen? Bei einer Vollkostenrechnung kommt schon bei einem Auto der unteren Mittelklasse sofort ein Franken pro Kilometer zusammen – bei einem eher

und überhaupt die kapitalistische Marktwirtschaftslehre – basiert aber darauf, dass sich die Menschen ökonomisch vernünftig verhalten. Das tun sie oft nicht und beim heutigen System des Finanzhandlings beim privaten Auto ist es auch schwierig. Beim Mobility Pricing im öffentlichen Verkehr sollen demgegenüber aber die Nutzenden die Vollkosten bezahlen? Pro gefahrenem Kilometer!

Ist Autofahren nur Vergnügen?

Die ökonomische Irrationalität zeigt sich auch beim Umgang mit der geleisteten Arbeit beim Autofahren. Trotz aller Fahrassistenten – beim



Ein unaufhörlicher Zustrom von Neuwagen, die alle importiert werden müssen – die Schweiz hat keine eigene nennenswerte PKW-Produktion.

wenig genutzten teuren Auto sind es schnell mal zwei oder drei Franken. Die Fahrt ins mit dem Auto nahen Einkaufscenter und zurück kostet dann plötzlich 20 oder 30 Franken. Wenn es ums Geld geht, handeln viele Menschen in Bezug auf die Nutzung des Autos heute also offensichtlich irrational, sie rechnen nicht wirklich. Mobility Pricing –

heutigen Verkehrsaufkommen macht Autofahren eher selten und eher wenig Spass. Ein Blick auf die Gesichter in den Autos im städtischen Verkehr genügt. Und ein Teil der Autofahrten ist strukturell aufgezwungen – Stichwort Pendeln. Nun – erscheint die hinter dem Lenkrad verbrachte Zeit in irgendeiner Verkehrsrechnung? Ausser bei den

Staukosten und dort aus dem offensichtlichen Motiv, den Bau neuer Strassen zu begründen ...

Es ist nur eine einfache Kopfrechnung: Jedes Auto in der Schweiz hat eine durchschnittliche Kilometerleistung von 14 000 Kilometern pro Jahr. In der Schweiz sind zurzeit 4,6 Millionen Autos unterwegs, mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von ca. 35 km/h. Das macht rund 400 Stunden im Jahr, welche Autofahrende im Durchschnitt hinter dem Lenkrad ihres Autos verbringen. Wobei die wirtschaftlich aktive Bevölkerung deutlich mehr fährt, die 14 000 km sind ein Durchschnittswert. Mit welchem Stundensatz wollen wir das verrechnen?

Ist es nicht pervers, dass zwar die Staukosten berechnet werden und dann in die Kosteneffektivität von zusätzlicher Strasseninfrastruktur, welche diese Staukosten reduziert, reingerechnet wird, aber die Zeit hinter dem Steuer an sich nirgends erscheint? Denn unter diesem Gesichtspunkt sieht die Rechnung plötzlich ganz anders aus. Und im Gegensatz dazu wird bei der Bahn jeder gefahrene Kilometer über die Lohnkosten des Lokführers abgerechnet und fliesst in das Mobility Pricing ein!

Es kann eingewendet werden, dass ein Teil der Zeit des Autofahrenden Freizeit ist (Musik hören, mit dem Passagier plaudern, die Landschaft geniessen etc.) oder dank Handy gar – verbotenerweise – Arbeitszeit ist. Stimmt – im Falle von Lohnabhängigen ist letzteres gratis erbrachte Arbeitszeit. Und es stimmt auch, dass zum Vergnügen herumgebettert wird, aber wenn in der obigen Rechnung die Stundenzahl halbiert würde, so blieben immer noch 200 «Arbeitsstunden».

Ökonomisch unvernünftig

Ein kurzer Exkurs sei hier erlaubt: Das ist ja nun genau die Attraktivität des selbstfahrenden Autos und macht

dieses zu einer potenziellen Megakonkurrenz zum ÖV. Der Teil der ÖV-Nutzung nämlich, welcher von den Reisenden als Freizeit angesehen werden kann, weil frau/mann in der Bahn oder im Bus ja nicht selber fahren muss, bietet keinen Vorteil mehr gegenüber der Nutzung eines selbstfahrenden Autos. Es sei denn, selbstfahrende Autos werden nur als öffentliche Verkehrsmittel zugelassen. Ich habe Leute im Bekanntenkreis, die heute schon sagen, dass sie wahrscheinlich vom ÖV umsteigen werden, wenn die selbstfahrenden Autos dann mal da sind.

Wir rekapitulieren: Bei allen Mobility-Pricing-Rechnungen fehlt bisher der Einbezug der Kapitalinvestition ins private Auto und der hinter dem Lenkrad verbrachten «Arbeitszeit». Umgekehrt erscheint auch der potenzielle Vorteil des ÖV, dass ein Teil des Arbeitsweges Freizeit ist, in keiner Rechnung. Es wird also systemisch falsch gerechnet. Wie sollen wir vergleichende Kostenwahrheit erreichen, wenn ein ansehnlicher Kostenanteil nirgends ökonomisch erfasst wird, weil er «privatisiert» ist?

Solche grundlegenden Fragen stellt sich der Bundesrat in seinem in die Vernehmlassung geschickten «Konzeptbericht Mobility Pricing» vom 29. Juni 2016 nicht. Der Bericht, welcher vom UVEK unter seiner Chefin Doris Leuthard verfasst wurde, legt den Schwerpunkt stattdessen auf die Milderung des ökonomisch lästigen Problems der Verkehrsspitzen und der gleichmässigeren Auslastung der Verkehrsinfrastruktur und will das über Preismechanismen erwirken. Dabei gilt das Prinzip des homo oeconomicus – nämlich, dass sich die Leute ökonomisch vernünftig verhalten. Genau das tun sie aber eben nicht, wie wir soeben erläutert haben. ■

Der Kapitalstock PKW

Per 30. September 2016 zählte der Fahrzeugbestand rund 4,6 Millionen PKW. Noch vor 9 Jahren lag der Bestand bei 4 Millionen. Es kommen im Schnitt also rund 90 000 PKW pro Jahr hinzu. Im 2015 wurden 327 000 PKW neu zugelassen. D. h. also, dass rund 28 Prozent Zuwachs ist, der Rest sind Ersatzkäufe.

Da in der Schweiz nur sehr wenig Occasionen importiert werden (auch eine importierte Occasion ist eine Neuzulassung), repräsentiert dieser Bestand die Neuzulassungen seit dem Jahr 2000 – diese betragen rund 4,7 Millionen.

2015 wurden gemäss Aussenhandelsstatistik für rund 10 Milliarden Franken Personenwagen eingeführt. Das entspricht für die 2015 neu zugelassenen PKW einem Durchschnittswert von rund 33 000 Franken.

Wird vorsichtig mit einem Durchschnittspreis pro PKW von 30 000 Franken gerechnet, repräsentieren diese in der Schweiz heute zugelassenen Personenwagen einen Kapitalstock von 137 Milliarden Franken.

Die Gegenkontrolle via Aussenhandelsstatistik ergibt einen Wert, der zwischen 2000 und 2015 importierten Fahrzeuge von 140 Milliarden. Unsere Rechnung stimmt also.

Fazit: Innerhalb von 15 Jahren wurde die Megainvestition von 140 Milliarden Franken in die in der Schweiz zugelassenen Personenwagen von Privatpersonen getätigt. Dieser Kapitalstock erscheint in keiner Verkehrsrechnung.

Freiraum soll passieren

Debora Bühlmann und Patrick Bützer, PAETTERN Lightup Atelier

16

Der Begriff Freiraum ist aktuell in aller Munde. Im Herbst fanden mehrere Veranstaltungen zum Thema statt. Das Fachpodium «Sehnsucht Freiraum» wollte zum Beispiel «Denkstösse über die Qualitäten öffentlich genutzter Freiräume geben». Auch das kürzlich erschienene Buch «Kunst im öffentlichen Raum der Stadt Zug», in welchem bespielte Orte aus der Stadt porträtiert werden, stellt Freiräume in der Stadt vor. So zum Beispiel die Tribüne des Kunstkollektivs CKÖ, die eine früher bestehende räumliche Verbindung auf neue Art wiederherstellt. An der Buchvernissage wurde intensiv über die Nutzung privater und öffentlicher Aussenräume in der Stadt diskutiert. Die Quintessenz war unseres Erachtens: Zug darf Mut zu leeren Plätzen haben, die man sich temporär aneignen kann.

Und das war auch der Ansatz unserer einjährigen Zwischennutzung «d'Wohnig» an der Albisstrasse 3 in Zug: eine idyllische Hochparterrewohnung mit fünf wunderbaren Zimmern an zentralster Lage in der Stadt, die frei zur Verfügung stand. Wir programmierten und kuratierten nur minimal. Es sollte entstehen, was wollte. Das für sechs Monate angesetzte Projekt konnte auf ein Jahr verlängert werden und hatte somit genügend Zeit zu wachsen. Weil wir «d'Wohnig» leer besichtigt haben, war die erste Hälfte der Zwischennutzung geprägt von Anlässen, die auf viel Platz angewiesen waren, wie Yoga und QiGong. Mit einigen Möbeln wurde aus der Turnhalle jedoch bald auch ein Ort für Coworking, gemeinsames Kochen, Pop-Up-Shops, Chorproben und vieles mehr. Die Zimmer waren flexibel nutzbar und kamen bei jeder Veranstaltung anders daher. Mit der im Frühling gebauten Terrasse war «d'Wohnig» auch für die warme Jahreszeit gerüstet.

Ein gelungenes Experiment

Wir gestalteten «d'Wohnig» von Beginn weg als Experiment. Die Frage war: Entsteht etwas, wenn wir in Zug Räume zur freien Verfügung bereitstellen? Insgeheim haben wir wenig Resonanz auf unseren Versuch erwartet. Nun hat die Zwischennutzung aber, so finden wir, super funktioniert. Wieso etwas gut funktioniert, ist meist gar nicht so einfach zu



Kleinkunstbühne, Turnhalle, Gemeinschaftsküche, Pop-Up-Shop, Musikzimmer, Sitzungsraum: «d'Wohnig» war das alles – und mehr!

erklären. Dieser Beitrag möchte die Erfahrungen aufzeigen, die wir mit «d'Wohnig» gemacht haben, damit Ähnliches wieder passiert. Gründe für das Gelingen des Projekts könnten sein:

- Einen schöneren, zentraleren Ort kann man in Zug kaum finden (die Villa Staub mit ihrem Fabrikli wäre eine Alternative).
- Die Hochparterre-Wohnung mit ihren warmen Holzböden und der charmanten Küche hat jeden Besucher aus den Socken gehauen.
- Von Beginn weg haben wir eine

transparente Kommunikation mit den Behörden (Bauamt und Feuerschau) gesucht. Die Zusammenarbeit war angenehm und konstruktiv.

- Die mitfinanzierenden Kulturstellen liessen sich auf unsere Überzeugung ein, dass eine Zwischennutzung Nährboden für Kulturelles sein kann.
- Von der Eigentümerschaft haben wir volle Unterstützung und grossen Spielraum erhalten.

- Die Nachbarschaft war interessiert und sehr tolerant.
- Da das Projekt aus dem Nichts heraus, an einem unbelasteten Ort, durch Unbekannte entstand, waren die Erwartungen sehr klein.
- Nach neun Monaten waren 30 Schlüssel zu «d'Wohnig» im Umlauf. Es gab keine Verträge, keine fixen Preise, alles basierte auf Vertrauen. Jede «Schlüsselfigur» nahm ihre Verantwortung wahr.
- Wir haben dafür gesorgt, dass «d'Wohnig» immer in gutem Zustand war, und sie wurde stets auch wieder sauber hinterlassen.

Schwierigkeiten hatten wir wenige: Einmal die Polizei im Haus, zweimal das WC verstopft, dreimal die Sicherungen draussen.

Zwischennutzungen sollen einfach passieren

Dass EigentümerInnen, GeldgeberInnen und Behörden Sicherheit durch ausgeklügelte Konzepte und Budgets brauchen, ist irgendwie verständlich. Wir glauben, im kleinräumigen Zug kann die gesellschaftliche Vernetzung diese Sicherheit geben. Man läuft sich schliesslich regelmässig über den Weg. Darum müsste ein gemeinsam abgesteckter Rahmen als Basis für temporäre Projekte genügen. Damit zu unserem Verständnis von Zwischennutzungen: Das sind idealerweise Orte, die sich entwickeln dürfen. Sie brauchen weder Businesspläne noch seitenweise Konzepte. Sie sollen, innerhalb definierter juristischer, finanzieller und zeitlicher Bedingungen, einfach passieren. Für «d'Wohnig» hatten wir Auflagen, mit denen wir zuerst umzugehen lernen mussten. Eine öffentliche Nutzung war nicht möglich. Also stellten wir uns als Verein auf, nur so war die Zwischennutzung zu realisieren. Bei «d'Wohnig» ging der grösste Teil des Geldes für die Miete weg, das war so budgetiert. Für ein nächstes Mal wäre es schön, wenn die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel primär für den Betrieb eingesetzt werden könnten. Dafür braucht es günstige Räume. Und weil es die nicht einfach so gibt, könnten monetäre Anreize helfen: Es soll Städte geben, welche die Schaffung gemeinnütziger Orte fördern, indem die EigentümerInnen mit steuerlichen Vorteilen rechnen dürfen, wenn sie ihre Lokale an Publikumsanlagen für gesellschaftlich relevante Nutzungen zur Verfügung stellen.

Leere Räume gibt es viele...

Geeignete, leerstehende Gebäude gibt es einige: die bereits erwähnte Villa Staub, das alte Kantonsspital oder Pierre Sudans Neubau «Downtown».

Wir sind überzeugt, dass Zwischennutzungen auch noch nicht bezogene Immobilien aufwerten. Unser persönlicher Favorit ist die rote Post am Bahnhof. Sie steht schon länger leer. Die Post sagt von sich, sie sei gegenüber temporären Nutzungen offen. In Zug hat sich das leider noch nicht bewahrheitet. Kontakt haben wir bereits im Frühling hergestellt, im Herbst haben wir nachgefragt. Offenbar sind Gespräche mit potenziellen MieterInnen im Gang, währenddessen bleiben die Türen verschlossen. Eine konkrete Chance bietet sich aber in Cham auf dem Papierareal, wo einzelne Gebäude zur Zwischennutzung ausgeschrieben sind, und das Langhuus auch langfristig als Begegnungsraum genutzt werden soll. Ob es der Gemeinde und der Cham Paper Group ein Anliegen ist, weitere Freiräume zu schaffen, wird sich weisen.

... auch in der Stadt Zug!

In nächster Zukunft gibt es weitere tolle Orte, die sich zur temporären Umnutzung eignen. Wenn die Stadt die kommende Legislatur im Landis- und Gyr-Gebäude in Angriff nimmt, steht am Hirschenplatz das Haus Zentrum leer. Was sich aus dem Bijou machen lässt, auch nur für kurze Zeit, darauf sind wir sehr gespannt! Auch der Arealumbau in der V-Zug hat mit seinen Industriebrachen viel Potenzial. Die Metall Zug Immobilien schreiben, sie bieten «Raum für innovative Start-up-Firmen, Dienstleister, Werkstätten, Ateliers, Labors und Schulen». Für kleinere Nutzungen gibt es in der Stadt einen ganzen Haufen Räume günstig zu mieten. Man findet sie auf Zugkultur, auf der Website der Stadt und auch auf Ron Orp Zug versuchen wir ergänzend, Räume verschiedenster Art zu vermitteln.

Das «Zwischennutzungskit» steht bereit

Ob weitere Zwischennutzungen wieder ähnlich gut funktionieren, muss ausprobiert werden. Unser «Zwi-



Eine heimelige Wohnung an zentraler Lage: «D'Wohnig» an der Albisstrasse 3 in Zug.

schennutzungskit» ist jedenfalls bereit: Wir haben einen Schliesszylinder mit 30 Schlüsseln, einen Feuerlöscher, nachleuchtende Rettungszeichen, eine Kaffeemaschine und die nötigen Behördenkontakte. Weil das erste Mal meist das schwierigste ist, freuen wir uns auf die nächste Zuger Zwischennutzung. Das muss nicht unser eigenes Projekt sein, wir sind mit unserer Erfahrung auch gerne einfach Anlaufstelle. Idealerweise wird es wieder ein Ort, wo man Dinge ausprobieren und dabei vielleicht sogar mal die eigene Komfortzone verlassen kann. «An ounce of action is worth a ton of theory» werden Friedrich Engels und Ralph Waldo Emerson zitiert. ■

www.ronorp.net

www.ronorp.net bietet die Rubrik «Räume zum mieten», hier finden sich Veranstaltungslokale für die jeweiligen Städte. Wir sind daran, diese Rubrik für Zug zu füllen und sind dankbar für Tipps: zug@ronorp.net

Geduldet

Hansruedi Küttel
Bilder Bulletin

18

Ist Zug (Stadt und Kanton) velofreundlich? Was wäre denn velofreundlich? Viele Kilometer Velowege? Aber Vorsicht, Velowege sind nicht immer Velowege!

Die Stadt Zug hat uns im September mit einem Nachhaltigkeitsbericht beglückt, dessen Umschlagblatt ein Bild mit viel Grün und Velo zierte. Im Heft finde ich dann sehr wenig zum Thema Velo. Ja, es enthält ein Bild, auf dem der Leiter der Sozialen Dienste der Stadt Zug mit dem Velo zur Arbeit kommt, man kann dem dazugehörigen Bericht entnehmen, dass die autofreien Haushalte 3 Prozent weniger als im Schweizer Durchschnitt betragen und fertig. Es gibt verschiedene Leute in Exekutive und Verwaltung von Stadt und Kanton Zug, die den Langsamverkehr fördern wollen. Was aber sind ihre Ziele und wie stellen sie sich Langsamverkehr vor? Sie bauen oder markieren Velowege. Wozu? Damit es weniger Unfälle gibt? Oder eher dass bei Unfällen einfacher ein Schuldiger bezeichnet werden kann? Oder dass die Velofahrenden den Autofahrenden weniger in die Quere kommen?

Velo als Transportmittel

Ein Velo oder Fahrrad wird ganz unterschiedlich genutzt. Für die einen ist es ein Spielzeug, für andere ein Sportgerät und für Dritte ein Transportmittel. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer und die Anforderungen an die Velowege. Wenn das Velo an Stelle des Autos für den Arbeitsweg genutzt werden soll, so genügt ein auf den Asphalt des Trottoirs gespritztes gelbes Velo nicht!

Hindernisreiche Fahrt

Nehmen wir ein Beispiel. Ich will von Oberwil nach Baar Kantonsspital fahren. In Oberwil münde ich von der Widenstrasse in die Kantonsstrasse ein. Beim Schulhaus versteckt sich hoch oben in einem Gebüsch ein Hinweisschild, dass ich jetzt dann die Strasse überqueren soll. Dann gibt es eine gut gemachte Einspurstrecke (Autos von hinten und von vorne

haben Priorität!) und ich überquere die Strasse. Ich fahre weiter auf dem Trottoir dem See entlang. Die Markierung sagt übrigens: Fussweg, Radfahren gestattet. Fischer schwingen ihre Ruten, aber ich komme unfallfrei vorbei. Der Belag des Trottoirs ist in einem katastrophalen Zustand, für Autos würde man den Belag so nicht akzeptieren. Die nächste Herausforderung sind drei ebenfalls Richtung Zug gehende Fussgänger, die miteinander plaudern und die ganze Breite des Trottoirs beanspruchen. Klingeln. Böse Blicke, aber immerhin wird der Weg frei gemacht. Ich sage: «Danke, schönen Tag!» Weiter vorne wird es eng, ein Busch wuchert auf meine Fahrbahn. Ich werde mich auf dem Heimweg um ihn kümmern, habe die Rosenschere dabei.

Nun die Kurve zwischen Bäumen und Bänkli beim Salesianum. Hoffentlich muss ich nicht gerade dort kreuzen. Das nächste Hindernis ist ein ideal parkierter Kleinbus, der nur die halbe Fahrbahn versperrt. Leider muss ich auch die offene Heckklappe berücksichtigen, die ich im letzten Moment sehe. Für mich genau auf Kopfhöhe. Weiter vorne ein Kleinlastwagen, ganz am Trottoirrand Richtung Strasse parkiert. Es bleibt mir genug Platz zwischen Lastwagen und Begrenzungsmauer. Trotzdem Vollbremsung, denn der Gärtner kommt vom Heck des Lastwagens mit seinem Werkzeug, um zum Bootshaus zu gehen.

Nun zur Super-Dosieranlage Mänibach. Immerhin gibt es seit unserem letzten Veloärger-Artikel im Bulletin (Nummer 2/2015) eine dynamische Einspurstrecke. Allerdings ohne Hinweis auf dem Trottoir, man muss es einfach wissen. Auch kein Schild «Radweg-Kreuzung» für die Autofahrer. Da die Ampel gerade auf Rot steht, muss ich wie die Autos warten. Sinnlos. Nun 300 Meter bis Casino, dort wieder eine Einspurstrecke, ich soll wieder die Strasse überqueren. Super komfortabel – jetzt mit der



Wenn sichtbar, dann Fussweg, Radfahren gestattet – oder nur geduldet?



Die Einspurstrecke führt direkt in die Baustelle.

Baustelle. Fussgänger Vorsicht! Velos werden hier zur Altstadt geleitet. Will man mir die Neugasse ersparen oder für die Autos die Neugasse von Velos frei halten? Nein, man will mir die Altstadt zeigen!

Konflikte haufenweise

Ich kurve Richtung untere Altstadt, freue mich, dass ich heute vor den asiatischen Reisegruppen da bin. Zwanzig Fussgänger, welche Fotos und Selfies machen, zwingen mich oft zum Anhalten. Fischmarkt, Fussgängerin mitten auf dem Weg, Blick auf das Smartphone. Klingeln. Nützt nichts, Stöpsel in den Ohren, weisses Kabel zum Handy. Weiter kurven um die Lieferwagen herum, beim «Schiff», beim «Löwen». Jetzt eine ganz gefährliche Passage: Löwen bis Regierungsgebäude. Fussgänger, Lieferwagen, Motorroller, Parkplatzeinfahrt unterer Postplatz. Ich muss die Strasse überqueren, denn Radfahrer werden auf den Fuss- und Radweg entlang der Rössliwiese geleitet. Autofahrende, die von der Vorstadt kommen und einen Parkplatz auf dem Postplatz anvisieren, haben kein Verständnis für mich. Ob ich quere oder noch rechts bleibe, ich störe. Der Vorstadt entlang hat es Fussgänger und Velos in beiden Richtungen. Wir nehmen Rücksicht, weichen aus. Ich entscheide mich heute für das

Überqueren der Vorstadtstrasse beim Fussgängerstreifen vor der Vorstadtbrücke. Funktioniert, eine freundliche Autofahrerin hält an, macht Zeichen, lächelt. Ich winke «Danke!». Rigistrasse, einbiegen in die Bundesstrasse, Alpenstrasse, einspuren für Linksabbiegen Gotthardstrasse. Trotz eindeutiger Markierung lässt mich der von der östlichen Gotthardstrasse kommende Audi nicht passieren. Weiter. Gotthardstrasse, Dammstrasse, Kreisel, Dammstrasse Nord, abbiegen auf Baarer Fussweg. Radfahrer, Fussgänger, wir schaffen es meistens.

Vollbremsung inklusive

Nach Überqueren der Geleise bei der alten Schleife (hartes Rumpeln) an der Haltestelle Lindenpark vorbei. Nochmals wird's gefährlich, denn da kommen drei Kita-Mitarbeiterinnen mit drei Kinderwagen und einer rennenden, spielenden Schar Kleinkinder. Gaaanz langsam kreu-

zen. Kurz vor der Haltestelle Neufeld schiesst von rechts eine Radfahrerin aus der Unterführung Unterfeldweg. Ich fahre auf der schönen roten Markierung des Radwegs, die Radfahrerin hat auf ihrer Spur eindeutig Haifischzähne auf dem Boden, aber nein, sie kann nicht abbremsen. Bei mir ist also Vollbremsung angesagt, um sie nicht zu rammen. Die folgenden knapp 200 Meter bis zur Haltestelle sind berüchtigt für den üppigen Wuchs der Bepflanzung auf den beiden Grünstreifen. Vor allem die dornigen Dinger sind nach dem Kreuzen eines anderen Fahrrads noch länger zu spüren. Der erste Rückschnitt erfolgt im August. Die Ampel bei der Haltestelle Neufeld zeigt grün für Fahrräder, entgegenkommende Lastwagenfahrer haben dafür wenig Verständnis und zeigen mir das mit ihren Blicken. Bald habe ich es geschafft, komme an beim Spital und finde noch den letzten freien Platz im Veloständer.

Zug velofreundlich? Im Bericht «PRIX Velostädte 2014» erhält die Stadt Zug für den Stellenwert des Velos eine knapp ungenügende Kategorienote. Das betrifft insbesondere die Fragen zu Schneeräumung und zur Velowerbung. Diese erhält mit 3,2 die tiefste Note aller Aussagen für Zug überhaupt.

Ja, ich werde auch morgen wieder mit dem Velo fahren. Wir Velofahrenden teilen friedlich unsere Velowege mit Autos, Fussgängerinnen, Touristen und parkierten «Handwerkerfahrzeugen». Wir haben es nicht eilig, das überlassen wir andern. ■

Velophon

Der Verein Pro Velo Zug www.provelozug.ch betreibt ein Velophon. Dort können Problemstellen für Velofahrende gemeldet werden, das Problem beschrieben und ein Lösungsvorschlag skizziert werden. Die Verantwortlichen von Pro Velo stehen in Kontakt mit den Verantwortlichen des Kantons. Wir vom BULLETIN nutzen die Chance, unseren Ärger im Bulletin zu veröffentlichen.

Der erwähnte Bericht «PRIX Velostädte 2014» befindet sich unter:

www.provelozug.ch/wp-content/uploads/Zug_Schlussbericht_Velostaedte_2014.pdf

Hände in die Erde stecken

Selina Niederberger, Verein Permakultur-Landwirtschaft

20

Es begann alles mit dem letztjährigen «Filme für die Erde»-Festival und dem Film «Inhabit – a permaculture perspective». Als Eventmanagerin des Festivals in Zug hatte ich die Möglichkeit, mir diesen Film inmitten des Publikums anzusehen. Ich war gefesselt von den positiven Lichtblicken, welche dieser Film im Umgang mit der Natur und den Menschen darin zeigte. Kennen Sie das Gefühl, immer wieder zu nicken und dem eben Gesehenen zuzustimmen? Der Film und die Reaktionen aus dem Publikum gaben mir den Ansporn, mich intensiver mit dem Thema Permakultur auseinanderzusetzen.

Zuerst aber zurück zum Ursprung der Bezeichnung Permakultur, welche aus «Permanente Agrikultur» zusammengesetzt wird. Bill Mollison und David Holmgren gelten als die Begründer dieses ganzheitlichen Systems. Sie hatten die Vision von lebensfördernden Kreisläufen, sozialen Gemeinschaften und einer Reorganisation des Ökosystems. Als Lehrmeisterin diente die Natur. Denn in ihr hat alles seinen Platz und ist grundsätzlich vollkommen und richtig. Aus dieser Einsicht, oder besser gesagt bewussten Wahrnehmung, entstanden dann die drei Permakultur-Leitsätze:

1. Für die Erde sorgen: vorsorgen, dass alle lebenden Systeme weiterbestehen und sich vervielfältigen können
2. Für die Menschen sorgen: vorsorgen, dass die Menschen Zugang zu all den Ressourcen haben, die sie für ihr Leben benötigen
3. Dem Verbrauch Grenzen setzen: eigenen Bedürfnissen Grenzen setzen und somit Ressourcen schonen, um die beiden vorangehenden Grundsätze zu fördern

Zwölf ethische Leitgedanken ergänzen die Leitsätze. Ein Beispiel ist die Kreislaufwirtschaft: «Möglichst kleine Kreisläufe von Material und Energie vor Ort schliessen.» Weiter geht es auch um die räumliche Anordnung: «Jedes Element kommt



Ansehnliches Ergebnis nach harter Schaufelarbeit und viel Schweiß: In Böschentrot steht das erste Hügelbeet bereit.

an den Platz, an dem die meisten nützlichen Beziehungen zu anderen Elementen wirksam werden.»

Pionierprojekt «Permakultur-Vision Birchhof»

Durch das neu gewonnene Öko- und Nachhaltigkeitsnetzwerk von «Filme für die Erde», erfuhr ich schnell vom Pionier-Projekt «Permakultur-Vision Birchhof», welches auf dem Demeter-Hof Birchhof in Oberwil-Lieli (AG) entstehen sollte. Der Initiant und Permakulturist Matthias Brück lud im Sommer 2015 zu einer Projektpräsentation ein. Die Idee ist, Permakultur über die Selbstversorgung in Privat- und Kleingärten hinaus in

der Landwirtschaft so zu etablieren, dass ein Bauer davon leben und damit wirtschaften kann und den Konsumentinnen und Konsumenten das ganzheitliche lebensmittel- und sozialfreundliche System nähergebracht wird. Mit diesen Grundprinzipien und einer Menge engagierter und mit dem Herzen denkender Menschen wurde der Verein Permakultur-Landwirtschaft gegründet. Nun galt es, dieses

Projekt «Permakultur-Vision Birchhof» zu stemmen. Arbeitsgruppen begannen sich mit Forschungsinstitutionen, wie dem FibL (Forschungsinstitut für biologischen Landbau) zu vernetzen, die Vereinslernfläche auf dem Birchhof zu bewirtschaften und regelmässig Besprechungen abzuhalten. Ich genoss die abwechslungsreichen Tätigkeiten im Verein. Eine wunderbare, natürliche, inspirierende und warmherzige Zusammenarbeit verschiedener Menschen. Angetrieben vom Gedanken, die Welt zu einem etwas nachhaltigeren und sozialerem Ort zu machen, in dem Menschen wieder lernen, mit und in der Natur zu leben, anstatt gegen und ohne sie.



Eine gute Planung, leidenschaftliche Schweissarbeit und viel Liebe: Da gedeihen die Kürbisse!



Permanente Kultur: Nebeneinander gedeihen Ringelblumen und Federkohl.

Rausgehen und eigene Erfahrungen sammeln

Schnell merkte ich, dass ich mehr wissen wollte. Der Permakultursign-Kurs, kurz PDC, auf der Schwebenalp vermittelte mir die nötigen Grundlagen. Ein grosser Gewinn daraus waren die vielen engagierten Menschen, welche ich kennenlernen durfte. Und so kam es, dass ich mein eigenes Projekt ins Leben rief. Zusammen mit meinem Schwiegerpapa in spe plante ich, ein zauberhaftes Plätzchen direkt am Zugersee im Sinne der Permakultur zu nutzen

und zu schmücken. Bereits im November 2015 wurden in Böschenrot die ersten Hügelbeete geschaufelt. Das angehäuften Wissen, welches in die Planung eingeflossen war, sollte nun in die Praxis umgesetzt werden. Dabei wurde mir mehr und mehr bewusst, dass Planung und Praxis zwei verschiedene Paare Schuhe sind. So musste ich lernen, Kompromisse zwischen Theorie und Praxis zu machen. Meine Mutter sagte einmal «Wer die Hände in die Erde steckt und sich mit dem Boden verbindet, lebt länger.»

Gemeinsam nachhaltig handeln

Während die ersten Pflanzen wuchsen und die Vorbereitungen für verschiedene Pflanzflächen ausgeführt waren, merkten wir, dass alles ein bisschen langsamer voranging als geplant. Und so kam es zur zweiten Erkenntnis: Der Lauf der Natur passt sich nicht dem Wunsch des Menschen an. Statt der Quantität setzten wir unser Augenmerk nun auf die Qualität unserer Arbeit. Mit den ersten Früchten kam auch ein schönes, zufriedenes Gefühl auf, welches für weitere Arbeiten motiviert. Aus dem familiären Umkreis erhielten wir Lob und Hilfe. Mein Onkel Ruedi zum Beispiel, passionierter Schmied, fertigte professionelles Werkzeug für alle möglichen Arbeiten. Weitere Verwandte und Bekannte halfen geduldig, Setzlinge aufzuziehen, und Grossmama brachte beinahe verlorenes, aber unvorstellbar wertvolles Wissen mit ein. Es erfüllte sich bereits ein Grundprinzip der Permakultur: gemeinsam mit verschiedenen Menschen nachhaltig handeln.

Erfolgreiche Ernte

Im letzten Frühjahr beglückte uns die Permakultur-Fläche Böschenrot dann bereits mit einer reichen Ernte an Gurken, Bohnen, Topinambur, Baumspinat und vielen Kräutern. «Überschüssiges teilen», auch dies stellt einen wichtigen Grundsatz dieser ganzheitlichen Landschaftsgestal-

tung dar. Viele Menschen in unserem Umfeld freuten sich also über diese natürlichen und mit viel Liebe gewachsenen Leckerbissen. Und eben erst waren unzählige Kürbisse reif – und wurden verteilt.

Tun wir es jetzt!

Mein Bericht liest sich sehr harmonisch und lieblich, verziert mit ein paar schönen Kursen und Fachbüchern. Aber dahinter steckt viel Leidenschaft in der Planung, Kommunikation mit vielen Menschen und vor allem harte Handarbeit und Schweiss. Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, welche Träume und Ideen haben, etwas Nachhaltiges zu machen. Was ich dabei oft vermisst habe, war ein Ziel. Es muss nicht ein grosses Ziel sein, aber es gilt für mich: der Unterschied zwischen einer Idee und einem Ziel ist die Tat. Die oberste Richtlinie der Permakultur: «Die einzige ethische Entscheidung besteht darin, Verantwortung für unser eigenes Leben sowie das unserer Kinder zu übernehmen. Tun wir es jetzt.» – (Bill Mollison) ■

Permakultur-Landwirtschaft

Möchtest du mit anpacken im Projekt Permakultur Böschenrot oder hast Ideen? Schreibe einfach eine Mail an: selina.niederberger@gmail.com

Der engagierte und noch sehr junge Verein Permakultur-Landwirtschaft ist auf Hilfe aller Art angewiesen und freut sich über Unterstützung: www.permakultur-landwirtschaft.org

Anmerkungen für Leute, die mehr wissen wollen: Den Film «Inhabit» gibt's auf www.filmfueurdieerde.org.

Das Lehrbuch von Bill Mollison für angehende Permakulturisten heisst «Handbuch der Permakultur-Gestaltung»

USA: Der Fluch der bösen Tat

Josef Lang
Bild www.haaretz.com

22

Die Veröffentlichung von FBI-Dokumenten über die Begnadigung von Marc Rich durch Bill Clinton anfangs 2001 hat Hillary Clinton im Rostgürtel entscheidende Stimmen gekostet.

Zehn Tage vor den Wahlen vom 9. November 2016 sah Hillary Clinton wie die sichere Siegerin aus. Dann veröffentlichte der FBI eine 129-seitige Dokumentation über die höchst umstrittene Begnadigung von Marc Rich durch Bill Clinton am 20. Januar 2001, dem letzten Tag seiner Präsidentschaft. Die stark zensierten Unterlagen beinhalteten nicht viel Neues. Aber sie riefen in Erinnerung, dass Clinton von Denise Rich in den 1990er-Jahren über anderthalb Millionen Dollar erhalten hatte: 1,1 Millionen waren in die demokratische Kampagnenkasse, 450 000 in die Clinton-Stiftung geflossen. Der Korruptionsverdacht wurde verschärft durch den Umstand, dass die Begnadigung nicht korrekt verlaufen war. Im Unterschied zum üblichen Vorgehen war das Justizdepartement nicht konsultiert worden. Damit hatte auch der diesem unterstellte FBI,

der Marc Rich seit 1983 erfolglos zu fangen versuchte, das Nachsehen.

Die Rache des FBI

Der für die Veröffentlichung zuständige FBI-Direktor James Comey hatte 1987 bis 1993 die Jagd nach dem flüchtigen Marc Rich geleitet. Diesem drohte eine Gefängnisstrafe von 325 Jahren für den grössten Steuerbetrug in der Geschichte der USA und der Kollaboration mit Regimes wie dem iranischen. Comey war später auch zuständig für die Untersuchung über Unregelmässigkeiten bei der Begnadigung, die 2005 ohne Strafantrag abgeschlossen wurde. Da der FBI-Direktor nicht als Trump-Fan gilt, ist davon auszugehen, dass es ihm weniger darum ging, Trump zu nützen, als Clinton zu schaden. Alles spricht dafür, dass die Enthüllungen vom 31. Oktober eine Racheaktion des FBI waren. (Siehe Kasten!)

Die politisch relevante Frage aber ist eine andere: Warum konnten die Dokumente eine möglicherweise entscheidende Wirkung für den Wahlausgang entfalten? Indem sie die offenbar korrupte und unkorrekte Begnadigung von Marc Rich durch Bill Clinton in Erinnerung riefen, rückten sie kurz vor dem Urnengang zwei Sachen in den Vordergrund: Erstens war auch Hillary Clinton sowohl in die Spenden- als auch in die Begnadigungsgeschichte involviert gewesen. So war der im «Wallstreet Journal» vom 23./24. Februar 2001 auf der Titelseite angerissene und auf Seite 10 fortgesetzte Artikel über Marc Rich begleitet von einem Artikel samt Bild von Hillary Clinton. Zweitens illustrierten sie die Nähe der Clintons zum Grosskapital, seien das die Wallstreet oder ein Rohstoffgigant.

Ein Schock für die Arbeitenden

Hier kommt etwas dazu, das ich selber zum Teil direkt erleben und zum Teil indirekt mitverfolgen konnte: Marc Rich war nicht nur für die Angestellten der Ravenswood Alumi-



Über einem Artikel, der die These aufstellt, die Begnadigung von Marc Rich durch Bill Clinton aufgrund einer Intervention durch den damaligen Ministerpräsidenten Ehud Barak habe zu Präsident Trump geführt, hatte die israelische Qualitätszeitung «Haaretz» diese Fotomontage gesetzt. Gross im Bild Comey, Marc Rich und Hillary Clinton.

nium Corporation (RAC) der Inbegriff des Gewerkschaftsfeindes. Gerade weil der zweieinhalbjährige Arbeitskampf vom November 1990 bis April 1992 in der US-amerikanischen Arbeiterbewegung grossen Eindruck gemacht hatte, genoss Marc Rich in der working class einen besonders schlechten Ruf. So war der äusserst harte Arbeitskonflikt in Ravenswood ein Thema an einer der grössten Arbeiterkundgebungen der letzten Jahrzehnte gewesen. Am 31. August 1991, wo sich vor dem Capitol in Washington 300 000 GewerkschafterInnen versammelt hatten, wurde die Anwesenheit von 1000 RAC-ArbeiterInnen besonders gewürdigt. Als knapp zehn Jahre später ausgerechnet Marc Rich von einem Präsidenten jener Partei, die die grosse Mehrheit der organisierten Arbeitenden gewählt hatte, begnadigt wurde, war das für sie ein gewaltiger Schock. In West Virginia, zu dem Ravenswood gehört und wo die Demokraten zwischen 1932 und 1998 14 von 17 Präsidentschaftswahlen gewonnen hatten, sind diese zwischenzeitlich auf 27 Prozent abgerutscht.

Entscheid im Rostgürtel

Besonders schädlich wirkte sich die Begnadigung von Marc Rich, deren fragwürdigen Umstände und deren Aktualisierung kurz vor den Wahlen im Rostgürtel aus. In den drei Staaten Pennsylvania, Wisconsin und Michigan, wo auch die Steelworkers-Union stark vertreten ist, könnten die FBI-Enthüllungen den Ausschlag gegeben haben. Die drei traditionell demokratischen Staaten mit 46 Elektorenstimmen fielen knapp an Trump. Hätte Clinton hier wenige Stimmen mehr gemacht, hätte sie die Wahlen mit 278 von 538 Elektoren gewonnen. In anderen Worten: Hätte Bill Clinton Marc Rich nicht begnadigt, wäre Hillary Clinton wohl Präsidentin geworden. Man nennt das den Fluch der bösen Tat. ■

Die falsche Kandidatin

Im Magazin vom 17. September 2016 wurde ich in «Ein Tag im Leben» mit folgenden Sätzen zitiert: «In Ravenswood wohnte ich bei einem Arbeiter, der Streikführer und zugleich religiöser Führer in einer der 14 Kirchen war. Damit verkörperte er eine Community mit zwei Seelen, einer gewerkschaftlichen und einer evangelikalischen. Diese Erfahrung hilft mit heute, zu verstehen, warum die weisse Arbeiterklasse, auch jene in West Virginia, bei den Primaries den linken Sanders oder den rechten Trump wählte. Bereits 1992, als ich die Vorwahlen direkt miterlebte, hatten die Gewerkschafter von Ravenswood die soziale Alternative zu Bill Clinton gewählt.»

Zwei Monate danach war ziemlich klar: Sanders hätte die weissen Arbeiter halten können, die Clinton verlor, ohne die Wählerinnen und Wähler zu verlieren, die Clinton gewann. Clinton war in einer Situation, in der das Establishment massiv in Frage gestellt wurde, die falsche Kandidatin.

Treffen mit dem FBI

In der etwas unkritischen und von Marc Rich autorisierten Biografie «King of Oil» von Daniel Ammann (OF 2010) gibt es eine Passage, welche den Frust des FBI beim Versuch, den Rechtsflüchtigen zu fangen, gut zum Ausdruck bringt: «In ihrer Verzweiflung versuchten die Bundesagenten sogar, Josef Lang anzuheuern. (...) Im Frühjahr 1992 nahm Lang an einer Gewerkschaftsanhörung in Washington DC teil, bei der es um den Arbeitskonflikt in der Aluminiumfabrik Ravenswood ging, an der Rich beteiligt war. Er staunte nicht schlecht, als ein amerikanischer Gewerkschafter ihm mitteilte, wer ihn eben anrufen hatte: «Der FBI würde Sie gerne treffen.» Lang wusste, wie er mir erzählte, dass eine solche Verabredung «für einen Linken aus der Schweiz nicht völlig unheikel war». Trotzdem sagte er zu, weil er sich von den Agenten Informationen über Marc Rich erhoffte. Im New Yorker Büro des FBI wurde er von U.S.-Marshall Ken Hill empfangen. Ein Mann, der ausgesehen habe wie Sean Connerys Zwillingbruder und sich nur «Commander Matthew» nannte, kam etwas später hinzu. Die beiden Agenten versuchten Lang dazu zu bringen, auf dem Flughafen Hausen am Albis einen Mechaniker als Spitzel anzuheuern. Auf diesem winzigen Flughafen in der Nähe von Zürich, so wussten sie, buchte Rich regelmässig ein kleines Privatflugzeug. Von diesem Mechaniker erhofften sie sich den entscheidenden Hinweis auf Richs Reisepläne. Josef Lang winkte ab: «Sorry, ich bin Politiker und kein Polizist.» (...) Es nützte den Agenten auch nichts, dass sie den Schweizer Politiker immer wieder auf die 750 000 Dollar hinwiesen, die auf Richs Kopf ausgesetzt waren.» (180f.)

Das Angebot lag ein bisschen tiefer: 710 000 Dollar! Vom FBI war zu erfahren, dass sich Marc Rich in Baar einbürgern lassen wollte oder dass er eine Helikopterlandung vor Richs Villa an der dortigen Himmelrichstrasse geplant hatte. Vor allem bestätigte sich, dass dem FBI die Aktionen gegen Marc Rich misslangen, weil dieser von der CIA jeweils vorgewarnt wurde.



Buch «Kulturkampf»

Die Schweiz des 19. Jahrhunderts im Spiegel von heute. Zwei ausgewiesene Kenner des Kulturkampfs gehen dieser Geschichte auf den Grund: Josef Lang und Pirmin Meier beide aus katholisch-konservativem Milieu, reiben sie sich bis heute an ihren Wurzeln. In zwei Essays loten sie unterschiedliche Positionen aus und spiegeln die Geschichte an den aktuellen kulturellen Unterschieden in der Schweiz.

CVP auf Talfahrt

Grünspecht – ein kritischer Vogel

24

Seit April ist CVP-Präsident Gerhard Pfister nun im Amt. Gelobt von «der Weltwoche» und mit Verlusten an der Urne. Er ist angetreten, um seiner Partei wieder zu Glanz zu verhelfen. Die Bilanz ist aber ernüchternd. Daran ändern auch die «Standing Ovationen» an der kürzlichen DV in Morschach (SZ) wenig:

- Kantonsrat SH: 2 Sitze (minus 1)
- Grosser Rat AG: 17 (minus 2)
- Grosser Rat BS: 7 Sitze (minus 1)
- Grosser Rat FR: 27 Sitze (minus 4)
- Stadtparlament St. Gallen: 9 Sitze (minus 3)
- Stadtparlament Luzern: 7 Sitze (minus 2)

Gerhard Pfister redet die Verluste mit Erfolgen bei den Exekutivwahlen schön. Die CVP hat in den Kantonen dank der rechtsbürgerlichen Allianz mit FDP und SVP ihre Männer-Regierungsräte jeweils im 1. Wahlgang durchgebracht. In den Städten sieht es mieser aus – so verlor man einen von zwei Sitzen im St. Galler Stadtrat. Dazu gingen die Stadtpräsidien in Luzern und Rapperswil-Jona flöten.

Fataler Rechtsruck

Die neue Positionierung klar rechts der Mitte hat sich für die CVP nicht auszahlt. In den städtischen Gebieten kommt diese Anbiederung an die SVP nicht an. In den Kantonen, in denen die CVP seit je eher schwach war (dort fehlt die traditionell katholische Wählerschaft), sind mit dieser Positionierung kaum neue WählerInnen zu gewinnen. Und in den Städten und Agglomerationsgemeinden der Stammlande ist die Erosion damit nicht aufzuhalten.

Es ist mehr als zweifelhaft, ob die CVP mit dieser neuen Ausrichtung im rechten Spektrum Erfolg haben wird. Wer rechts wählen will, wählt in der Regel das Original und nicht die Kopie. Die Partei, die immer stolz darauf war (ob zu Recht oder zu Unrecht sei dahingestellt), mit zwei Flügeln zu fliegen, ist drauf und dran, den linken, sozialen Flügel ganz zu amputieren – «Operation gelungen, Vogel abgestürzt».

Einseitige Wertedebatte

Ins Gespräch gebracht hat sich CVP-Chef Gerhard Pfister in den letzten Wochen mit einer sogenannten Wertedebatte; er betont das christliche Abendland als Bollwerk gegen den Islam. Gerhard Pfisters Politik spaltet, in schöner Übereinstimmung mit den Rechtsparteien in ganz Europa. Die Konsequenzen sind fatal: Diese Politik trägt dazu bei, dass Fremdenfeindlichkeit noch salonfähiger wird. Sie trägt dazu bei, die Barrieren des Anstands in der politischen Diskussion niederzureissen. Sie trägt dazu bei, dass Menschen das Gesetz des Handelns an sich reissen; so hat nach dem Brexit-Entscheid die Zahl fremdenfeindlicher Delikte in Grossbritannien stark zugenommen. Auch wenn das nicht Pfisters Absicht ist, so muss er doch damit rechnen, so interpretiert zu werden. Es kommt eben in der heutigen Welt mit den sozialen Medien nicht nur darauf an, was man sagt, sondern auch darauf, wie es gebraucht und missbraucht werden kann. Wer auf dem rechten Klavier spielt, ist mitverantwortlich dafür, wenn andere darin einen Freipass sehen, mit dem Holzhammer zuzuschlagen.

Gerechte Welt

Eine Wertedebatte in der heutigen Zeit der Globalisierung und Indi-

vidualisierung ist nötig. Der Grünspecht hat daher in der Bibel nach christlichen Werten gesucht, zum Beispiel, worauf es beim Jüngsten Gericht ankommt. Der Evangelist Matthäus schreibt (25,35–36): «Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen. Ich war nackt und ihr habt mir Kleidung gegeben; ich war krank und ihr habt mich besucht; ich war im Gefängnis und ihr seid zu mir gekommen.» Und ein paar Verse später (25,40): «Amen, ich sage euch: Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.»



Christliche Nächstenliebe und christliche Werte spalten nicht, im Gegenteil – sie integrieren. Gerechtigkeit (nicht Sparen auf dem Buckel der Benachteiligten), Frieden (nicht Waffenverkäufe), Bewahrung der Schöpfung (nicht Wachstum um jeden Preis), das sind die Stichworte der Europäischen Ökumenischen Versammlungen um die Jahrtausendwende. Die CVP unter Gerhard Pfister hat noch einen weiten Weg vor sich. ■



Der Sparpaket-Crash für die Bürgerlichen war absehbar. Bemerkenswert ist, dass der oberste Ober-sparer im Kantonsrat von der GLP kommt. In der Budgetdebatte begrüßte Daniel Stadlin den Rasenmäher-Antrag der Bürgerlichen, nochmals pauschal 15 Millionen zu kürzen, befand aber, die Stawiko hätte ruhig etwas mutiger sein und höher gehen können. Als **Belohnung** darf Stadlin nun endlich einmal zusammen mit CVP/FDP/SVP ein Postulat einreichen – über den NFA, der immer groteskere Formen annehme. Grotesk ist wirklich gut ...

Stadlin war übrigens nicht alleine in der Budgetdebatte – SP-(Noch)-Hoffnungsträger Zari Dzaferi **biederte** sich mit einem peinlichen Votum bei den Bürgerlichen an und unterstützte zusammen mit der Mehrheit seiner Fraktion die 15-Millionen-Guillotine. Ob die linke Wählerschaft solche opportunistischen Salto Mortale rückwärts vergisst?

Den Kantonsrat vergessen kann nun der Zentralschweizer Piratenvorstand. Ausgerechnet jetzt, wo es doch seit dem 16. Oktober eine richtige Piratenpartei Zentralschweiz mit richtigen, sechsseitigen Statuten gibt, die «zum Zweck hat, in den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug **Politik zu betreiben**».

Wann in dem Fall die zwei Zürcher Vorstandsmitglieder bei den Zentralschweizer Piraten zu uns ziehen, wissen wir nicht.

Vom Fachwissen von Pro Natura nichts wissen wollte die Walchwiler SP. Die liess sich stattdessen das offensichtlich gesetzeswidrige Vorhaben, auf dem Walchwilerberg eine **tolle Sportanlage** hinzuklotzen, vom Walchwiler Gemeindepräsidenten nahebringen. Und so gab's eine Ja-Parole von den GenossInnen an der Zuger Riviera. Kein Wunder, kommt dort die SP auf keinen grünen Zweig.

Den grünen Zweig sucht auch der SP-Friedensrichter-Kandidat in der Stadt Zug, nachdem **SP-Schwer-gewicht** und GGR-Fraktionschef Urs Bertschi den parteilosen Roland Frei empfohlen hat. Gleich wie übrigens auch die städtischen Alternativen Grünen. Hat gewirkt: Frei hat exzellente Chancen im zweiten Wahlgang, falls die Kleeb-Jüngerin Vreni Wicky angesichts ihres blamablen Wahlergebnisses nicht schon vorher das Handtuch wirft.

Zu Martullo-Blocher-JüngerInnen mutiert sind die Bündner SVPlers. Nirgends wird die Verlogenheit der SVP-Spitze mit ihrem Dauerfeuer gegen alles Ausländische und gegen die EU und gegen die angebliche Bevormundung durch

«fremde» Gerichte so deutlich, wie bei der Unternehmenssteuerreform III. Das brachte sogar die wie die «Zuger Zeitung» eher beissgehemmte Südschweiz zur süffisanten Bemerkung: «Ungewohnte Töne in der SVP zum Thema Freiheit.» Dies nachdem die **Goldküstenbewohnerin** den Manne und Froue aus dem Alpenraum die USR III «aus der Sicht einer Unternehmerin» erläuterte und die internationalen Verträge verteidigte, «an die sich die Schweiz anpassen müsse, auch wenn die Handlungsfreiheit eingeschränkt werde». Hauptsache, der Stutz bei Blochers stimmt. Die Parole war dann trotzdem einstimmig ...

Ob die Lancierung von Zug als Crypto Valley im Zuger Stadtrat einstimmig war, wissen wir nicht. Aber dass die «Bilanz» bei der Auswahl der 100 «Digital Shapers» – das sind «diejenigen Menschen in der Schweiz, die digital denken und die Schweiz in ein neues Zeitalter führen» – irrtümlicherweise ausgerechnet Passiv-Regierungsrat Mathias Michel als einen der zehn Politiker unter den 100 DS erkoren hat, wurmt Bitcoiner und Stadtschreiber Martin Würmli gewaltig.

In der Wahljury für die digitalen Schepperer sass halt Michels **FDP-Partei-kollege**, der Zürcher Ständerat Ruedi Noser.

Und nicht Würmlis CVP-Parteikollege, Ständerat Peter Hegglin. Der versteht ja auch nichts von Informatik.

Es hat **alles nichts genützt** – die CVP/FDP/SVP/GLP-Einheitsfront, auch im Kantonsrat; das Timing, mit dem die Sammelfrist für das Referendum in die Sommerferien gelegt wurde; die Beschwichtigungsversuche mit der behaupteten «Opfersymmetrie»; das Anschmieren der Verwaltung, die Speck angesetzt habe; die klare Sparhaltung der «Zuger Zeitung»; das Verschweigen der 33 Millionen Zusatz-Steuererinnahmen bis zum letztmöglichen Moment und dann am Schluss noch die üblen ganzseitigen Inserate, gegen deren Behauptungen sich zu wehren keine Zeit mehr blieb – der Zuger Souverän sagte trotzdem Nein zum Belastungsprogramm. Die «Volksparteien» suchen sich jetzt ein neues Volk.

Und Nein, zu Trump sagen wir **NICHTS**. Ausser, vielleicht, das hier: www.trumpdonald.org



26

Kluge Finanzpolitik ist gefragt

Wie weiter nach dem deutlichen Nein zum Sparpaket am vergangenen Wochenende? Jahrelang wurden im Kanton Zug mehrfach die Steuern gesenkt und damit vor allem vermögende Personen und internationale Firmen entlastet. Immer mit dem Versprechen, dass sich Zug das leisten könne. Für alle anderen ZugerInnen waren die Steuerensenkungen von kleiner Bedeutung, denn sie hatten aufgrund der hohen Lebenskosten keinen grossen Einfluss auf ihre Portemonnaies. Es gilt nun, die Steuerensenkungen endlich rückgängig zu machen, dass alle ihren proportionalen Beitrag für ein lebenswertes Zug leisten. Die grösseren Städte in der Schweiz zeigen, wie eine linke erfolgreiche Finanzpolitik aussehen kann: Mittels hohem Niveau an staatlichen Leistungen hat es Platz für eine kunterbunte Bevölkerung aus allen Einkommensschichten. Gleichzeitig werden Unternehmen dank klugen Investitionen im Bereich der Forschung und Entwicklung angesiedelt und gefördert. Eine kluge Finanzpolitik nützt schlussendlich allen. Denn bekanntlich misst sich das Wohl einer Gesellschaft am Wohle der Schwächsten.

Andreas Lustenberger
Präsident Alternative –
die Grüne Zug

Welcome to Iceland

Montag, 9. Januar
20 Uhr
Kino Gotthard

Felix Tissis schön verschrobener Spielfilm fügt im einsamen isländischen Hochland eine Gruppe von Menschen zu einer Schicksalsgemeinschaft, die lieber nicht zusammen reisen würden: ein verhinderter Selbstmörder, ein Grossstadt-Liebespärchen mit Autopanne und eine Familie, die das Glück erwandern will. In der kargen, weiten Landschaft nimmt eine skurrile Tragödie ihren Lauf. Klar, dass dabei einiges in Brüche geht. Felix Tissi ist im Kino anwesend



Desde que mundo es mundo*

Montag, 13. Februar
20 Uhr
Kino Gotthard

Kleinbauer Gonzalo lebt mit seiner Familie im Hochland von Kastilien. Die Tradition der Selbstversorgung – vom Schweineschlachten bis zum eigenen Wein – kommt ihm zugute in Zeiten der Krise, die Spanien durchlebt. Aussaat, Ernte, Feste und Bräuche markieren den Jahreszyklus, in dem es zwar nicht an Schwierigkeiten fehlt, aber auch nicht an Freude und Zufriedenheit.

Eine Hommage an die einfachen Dinge, an die Natürlichkeit und die erfrischende Rebellion von Lebensweisheit.



InnSaei – die Kraft der Intuition*

Montag, 13. März
20 Uhr
Kino Gotthard

InnSaei lehrt, wie man in der heutigen Welt, voller Stress und Ablenkungen, nicht den Kontakt zu sich selbst verliert. Die beiden Filmemacherinnen begeben sich auf eine Reise um die ganze Welt und treffen Denker, Wissenschaftler, Künstler, Akademiker und spirituelle Meister, die ihr Wissen und ihre Weisheit mit uns teilen. Und sie besuchen eine Gruppe von Kindern, die lernen, sich besser in der heutigen Welt zurechtzufinden.



*Termin bei Redaktionsschluss nicht 100 % sicher. Bitte Programm unter www.fliz.ch beachten.

Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliedhaberInnen
Zug

Mittwoch, 4. Januar, Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug

Mittwoch, 18. Januar, «Kulturkampf – Die Schweiz des 19. Jahrhunderts im Spiegel von heute»

Thomas Zaugg im Gespräch mit den Autoren Josef Lang und Pirmin Meier
19.30 Uhr, Bibliothek Zug,
St.-Oswalds-Gasse 21, Zug

Mittwoch, 1. Februar, Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal, Chamerstrasse, 33 Zug

Sonntag, 12. Februar, Abstimmungssonntag

1. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration;
2. Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr;
3. Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III)



**Mittwoch, 1. März,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug

Die auf den 31. Januar 2017 geplante Veranstaltung «40 Jahre Zuger Widerstand gegen Steuerdumping, Apartheid-Kollaboration, Ausbeutung der dritten Welt durch Rohstoff-Multis» muss verschoben werden. Jean Ziegler ist wegen einer Verpflichtung, die er als Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrates in New York zu erfüllen hat, in der fraglichen Woche verhindert.

**Die Alternativen im
Kanton Zug**

**Alternative – die Grünen
Zug**

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

**Alternative – die Grünen
Baar**

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**

Thomas Ehrensperger
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

(ehemals Gleis 3 Alternative
Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Alessandro Perucchi und
Konradin Franzini
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne
Fraktion im Kantonsrat**

www.alternativefraktion.ch/
kantonsrat.html

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch

Facebook 
fb.com/AlternativeZug

Twitter 
@AlternativeZG



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Nr. 4, Dezember 2016
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6300 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2017:
Freitag, 3. März 2017

Erscheinungsdatum
Samstag, 25. März 2017

DAS BULLETIN
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

